

aktuell

**NS-Geschichte vermitteln
gestern – heute – morgen:
Aspekte der hessischen
Erinnerungskultur**



Nr. 7 / 2014

Hessische Landeszentrale
für politische Bildung

HESSEN



Hessische GeschichteN 1933–1945 *aktuell*

Hessische GeschichteN 1933–1945 *aktuell* wird in unregelmäßigen Abständen aktuelle Themen aus den Bereichen Nationalsozialismus und Rechtsextremismus behandeln.

Die erweiterte Schriftenreihe Hessische GeschichteN 1933–1945 *aktuell* erscheint als Eigenpublikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Referat 2/III „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus / Zeitgeschichte / Rechtsextremismus“:

Taunusstraße 4–6, 65183 Wiesbaden, Telefon 0611/32-4030, www.hlz.hessen.de

Herausgeberin: Dr. Monika Hölscher

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Heft 7: NS-Geschichte vermitteln. gestern – heute – morgen:

Aspekte der hessischen Erinnerungskultur

Autorin und Autoren: Thomas Altmeyer, Christoph Cornelißen, Wolfgang Form,
Monika Hölscher, Dietfrid Krause-Vilmar

Redaktion: Thomas Altmeyer, Christiane Barabaß, Monika Hölscher, Gabriele Prein

Gestaltung: Grafik & Satz, www.dr-g-schmidt.de, 06 11-2 04 38 16

Druck: Dinges & Frick, Wiesbaden

Erscheinungsdatum: Dezember 2014

Auflage: 2.000

ISBN: 978-3-943192-24-7

ISSN: 2195-5948

Titelfoto: Einladung zur Konferenz „Die NS-Geschichte vermitteln. Gestern – heute – morgen. Das Beispiel Hessen“ am 24./25. Januar 2014 in Frankfurt am Main. Gestaltung: Andrea Mohr, Rodgau.

Inhalt

NS-Geschichte vermitteln gestern – heute – morgen: Aspekte der hessischen Erinnerungskultur

THOMAS ALTMAYER, MONIKA HÖLSCHER Aspekte der hessischen Erinnerungskultur. Eine Einleitung	2
CHRISTOPH CORNELISSEN Das Erinnern an die NS-Zeit in Deutschland – national und regional	7
DIETFRID KRAUSE-VILMAR Der Nationalsozialismus als Gegenstand historisch-politischen Lernens oder: Die Geschichtswerkstatt als Bildungsort	18
WOLFGANG FORM Akteure des Erinnerns und Gedenkens an 1933–1945 – historische Perspektiven und Status quo	28

Aspekte der hessischen Erinnerungskultur. Eine Einleitung

Warum eine Tagung über die Vermittlung von NS-Geschichte – über 80 Jahre nach dem Beginn der NS-Diktatur und deren Ende vor fast 70 Jahren? Ist über dieses Thema, das zu den am besten erforschten Geschichtsthemen gehört, nicht eigentlich schon alles gesagt, gezeigt und geschrieben worden? Mittlerweile gibt es unzählige Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen für Opfer des Nationalsozialismus, und auch die Vermittlung der NS-Geschichte an junge Menschen wird ständig diskutiert und aktualisiert. Also alles gut? Schaut man aber genauer hin, dann zeigen sich durchaus Lücken, Abnutzungserscheinungen, Veränderungen und offene Fragen.

Das Ziel der Tagung „Die NS-Geschichte vermitteln. Gestern – heute – morgen. Das Beispiel Hessen“, die am 24./25. Januar 2014 in Frankfurt am Main stattfand und auf der diese Publikation beruht, war es, Sichtweisen und Perspektiven zusammenzubringen und zur Diskussion zu stellen: die Perspektiven von Gedenkstätten- und Erinnerungsinitiativen, jungen Menschen als Rezipienten und zukünftigen Akteuren der Gedenkstättenarbeit sowie den „AndenkerInnen“ und „GedenkerInnen“ von heute, wie sie Wolfgang Form in seinem Aufsatz betitelt.

Geschichte der hessischen Gedenktopografie

Heute blicken wir auf ein vor Jahrzehnten kaum erwartbares Ausmaß an Gedenk- und Erinnerungsformen in Hessen und darüber hinaus: Man denke an Denkmäler oder Stolpersteine, Straßen, die nach Widerständlern oder Verfolgten benannt wurden, größere und kleinere Gedenkeinrichtungen, dauerhafte oder temporäre Installationen u.a.m.

Deutlich wird diese Entwicklung zum Beispiel bei einem Blick in die Geschichte des „Heimatgeschichtlichen Wegweisers“ zu Hessen, den der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945 Mitte der 1980er und noch einmal Mitte der 1990er Jahre herausgegeben hat. Aus der vergleichsweise schmalen, 1984 erschienenen Erstauflage mit knapp 140 Seiten wurden zehn Jahre später zwei Bände mit insgesamt knapp 630 Seiten. Weitere Momentaufnahmen bieten die von Renate Knigge-Tesche, der langjährigen Leiterin des Gedenkstättenreferates der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, 1999 herausgebrachte Publikation „Erinnern und Gedenken in Hessen“ oder die 2014 erschienene Übersicht der LAG Hessen über hessische Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen.

Hier zeigt sich nicht nur die Zunahme an Wissen über die Geschichte der lokalen NS-Herrschaft, die Geschichte des Widerstandes und der Verfolgung. Diese Publikationen versinnbildlichen darüber hinaus auch das vielfältige und gewachsene Engagement v.a. von Geschichtswerkstätten, Lokalhistorikern, regionalen oder schulischen Forschungsprojekten.

Dank neuer Forschungen in und außerhalb der Universitäten und Gedenkstätten, neuen Fragestellungen und neuen Archivfunden wäre eine erneute Bestandsaufnahme sicherlich noch umfangreicher. Heute haben wir in Hessen, wie auch in der Bundesrepublik im allgemeinen, eine thematisch wie auch lokal ausdifferenzierte Gedenklandschaft: In den vier vom Land Hessen institutionell und projektbezogen geförderten Gedenkstätten Breitenau, Hadamar, Stadtallendorf und Trutzhain werden die Themen frühe Konzentrationslager, Arbeitserzie-

hungslager, NS-Euthanasie und -Mord, Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit sowie Kriegsgefangenenlager thematisiert. Daneben gibt es eine Vielzahl von kleineren Einrichtungen und Initiativen, ganz oder teilweise ehrenamtlich organisiert, sowie zahlreiche Gedenkprojekte, die sich dem jüdischen Leben, den Sinti und Roma oder dem Widerstand widmen.

Seit 1997 treffen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von hessischen Gedenkstätten und Initiativen für Opfer des Nationalsozialismus zweimal im Jahr auf Einladung des Referats 2/III „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus / Zeitgeschichte / Rechtsextremismus“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung jeweils an verschiedenen Gedenkort. 1999 gründete sich darüber hinaus die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen. HLZ und LAG arbeiten eng und vertrauensvoll zusammen, so dass im Laufe der Jahre ein dicht gesponnenes Netzwerk entstanden ist.

Trotz der Erfolge dürfen aber auch nicht die Mühen und Schwierigkeiten der Erinnerungs- und Gedenkarbeit in den letzten sechs Jahrzehnten vergessen werden. Gedenkort mussten vielfach gegen Widerstände und mit einem langen Atem mit viel bürgerschaftlichem Engagement durchgesetzt werden. Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Erst 1978 konnte z.B. an der Außenmauer des frühen KZ Osthofen (früher „Volksstaat Hessen“, heute Rheinland-Pfalz) eine kleine – allerdings für Passanten kaum sichtbare – Gedenktafel angebracht werden. In diesem frühen KZ wurden zwischen Frühjahr 1933 und Sommer 1934 vor allem Mitglieder der kommunistischen und sozialistischen Parteien sowie Gewerkschafter aus dem „Volksstaat Hessen“ gefangen gehalten. Erst 1991 kaufte das Land Rheinland-Pfalz das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers auf und richtete hier eine Gedenkstätte ein.

Auch die Gedenkstätte Breitenau in Nordhessen musste dem Vergessen entrissen werden. Im Rahmen eines 1979 begonnenen Forschungsprojekts zu Kassel stieß Dietfried Krause-Vilmar auf Aktenbestände zum frühen Konzentrationslager (1933/34) und späteren Arbeitserziehungslager Breitenau. 1984 konnte hier schließlich eine Gedenkstätte eingerichtet werden.

Solche Erfolgsgeschichten dürfen aber nicht zu der Annahme verleiten, dass Gedenkarbeit überall selbstverständlich geworden sei. Dies verdeutlichen nicht nur lokale Debatten um Denkmäler oder Stolpersteine. Zudem sind auch noch heute bestehende historische Objekte nicht immer geschützt, gehen Orte „verloren“, wie ein Beispiel aus Dillenburg zeigt. Noch im November 2013 wurden dort an der A 45 ehemalige Unterkünfte für Zwangsarbeiter abgerissen. Bis zu 340 Zwangsarbeiter sollen dort zwischen 1940 und 1945 untergebracht gewesen sein.

Das Gedenken und Vermitteln der NS-Geschichte ist mittlerweile selbst ein lohnenswertes Objekt historischer Forschung geworden: Wer, wann und wie setzte sich für die Erinnerung an die NS-Zeit ein, welche lokalen und regionalen Konflikte wurden ausgelöst? Wo gelang es, Gedenken zu institutionalisieren? Wo scheiterte man? Wo versanken Initiativen wieder in der Versenkung? Welche Rolle spielten die Opferverbände in der Erinnerungsarbeit?

Was wissen, was denken junge Menschen über die NS-Geschichte?

Trotz der großen Präsenz der NS-Zeit im städtischen, oft auch dörflichen Alltag, in Film und Fernsehen, aber auch in Schulen, fallen einem doch immer wieder die vielen Klagen auf: Wie

oft hört man von Desinteresse an der NS-Zeit? Wie oft erlebt man Gedenkveranstaltungen als „Ü60-Partys“? Wie oft ist man irritiert von eklatanten Wissenslücken? Zwei Beispiele:

- Nur 2,9 Prozent von 600 vom Studienkreis befragten Frankfurter SchülerInnen konnten den 27. Januar 1945 mit der Befreiung des KZ Auschwitz in Verbindung bringen.
- Nur jeder Fünfte konnte die Novemberpogrome und den Beginn des Zweiten Weltkriegs den historischen Daten zuordnen.

Begleitet werden diese Ergebnisse immer wieder von Fragen, wie eine gute Vermittlungsarbeit an Schulen aussehen könnte, wenn keine Überlebenden der NS-Verfolgung mehr als Zeitzeugen in Schulen gehen können. Wenn der oft erst spät entdeckte Dialog zwischen zwei verschiedenen Generationen nicht mehr möglich ist ...

Man sollte in diesem Zusammenhang im Gedächtnis behalten, dass das Umfeld für die „Generation Aufarbeitung“ in den 1970er bis 1990er Jahren ein anderes war als für junge Menschen heute. Darauf hat Volkhard Knigge, Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, zu Recht hingewiesen. Musste die Erinnerung früher gegen die Täter und Mitläufer, gegen Kontinuitäten in den Institutionen durchgesetzt oder erkämpft werden, so begegnet jungen Menschen heute eher ein „Gedenkimperativ“ des „Wir vergessen nicht“ – sei es massenmedial vermittelt, sei es durch immer wiederkehrende Satzbausteine öffentlicher Reden, Pflichtbesuche in Gedenkstätten. Diese Fakten und Gedanken sollten aufgegriffen und in die Überlegungen zur Vermittlung von NS-Geschichte in Hessen einfließen.

In den letzten Jahren sind jedoch weitere Themen bei der Aufarbeitung und Vermittlung stark in den Vordergrund getreten: die Täter, Mitläufer und Zuschauer. Nicht nur den „großen“ Verbrechern, sondern auch denen in unserer unmittelbaren Umgebung gilt dabei immer mehr Beachtung. Eine Aufarbeitung ohne diesen Aspekt unserer Geschichte ist nur eine halbe. Dass diese Aufarbeitung nach wie vor auf Widerstand trifft, zeigen viele Beispiele. Wie geht man in einer Familie damit um, wenn herauskommt, dass „Opa (und Oma) doch ein Nazi“ war? Wie wirken sich diese Erkenntnisse auf das soziale Zusammenleben in einer Gemeinschaft aus – oder auf das eigene Leben? Darf man als Forscher die Namen von Tätern öffentlich nennen, wenn deren Nachfahren noch leben? Gibt es einen Unterschied zwischen den bekannten „Führern“ des „Dritten Reichs“ und lokalen „Größen“ der NS-Zeit? Geht es darum, einzelne Täterpersonen zu benennen oder vielleicht nur die „anonyme Tätergesellschaft“? Ist es eine Last, ein Trauma, sind es Schuldgefühle, Scham oder schlicht Angst vor Diskriminierung, die nach wie vor einen offenen Umgang mit diesem Thema verhindern?

Das sind nur einige der Probleme, die sich neben Familienangehörigen auch Forschern stellen. Gerade in kleineren Kommunen ist es oft nach wie vor ein Tabu, die lokalen Nazi-Akteure beim Namen zu nennen, obwohl die meisten Zeitzeugen diese kennen. Man spricht nicht darüber. Wer es tut, wird nicht selten als „Nestbeschmutzer“ beschimpft. In einigen Publikationen, die in den letzten Jahren erschienen sind, zeigt sich jedoch, dass die Enkelgeneration weniger Berührungsängste zeigt und mutig gegen das gesellschaftliche (Ver)Schweigen „anschreibt“ oder forscht.

Die Akteure der Gedenkarbeit und die Zukunft

Es scheint, dass bestimmte Umbrüche in der Gedenk- und Vermittlungsarbeit bislang gar nicht oder nur wenig wahrgenommen werden. Über das „Ende der Zeitzeugenschaft“ spricht man intensiv seit mindestens zehn Jahren. Auch dass sich die Bezüge von Schülerinnen und Schülern zur NS-Geschichte aufgrund des zunehmenden zeitlichen Abstandes oder aufgrund von Migrationserfahrungen wandeln, ist alles andere als ein neuer Befund.

Aber nur wenig spricht man über die Aktiven in der Gedenkarbeit, über Veränderungen auf der Ebene von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Gedenkstätten, über kleinere lokale Gedenkinitiativen, die das Gros der hessischen Gedenklandschaft bilden. Dadurch, dass viele von ihnen nur wenig Nachwuchs in ihren Reihen haben, könnten deren Aktivitäten vielleicht bald eingestellt werden, und durch das individuelle, oft nicht schriftlich festgehaltene Wissen der bisherigen Akteure zur lokalen NS-Zeit könnten wichtige Informationen verloren gehen. Wie kann unsere Gedenkarbeit z.B. in 19 Jahren anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns der NS-Diktatur aussehen? Welchen Anteil nimmt dann ehrenamtliche Gedenkarbeit ein? Wie lässt sich diese sichern? Oder gibt es dann nur noch schulische, familiäre und professionelle Gedenkarbeit?

Nicht vergessen werden darf, dass sich auch auf der Seite der schulischen Vermittlungsarbeit in den letzten Jahrzehnten nicht nur methodische und inhaltliche Veränderungen ergeben haben. Eine neue Lehrergeneration ist in den Schulen aktiv. Manche Pädagogen sind bereit, neue Wege zu gehen, anderen fehlen möglicherweise Ideen und Kontakte zu Gedenkstätten und Gedenkinitiativen in der näheren Umgebung. Auch hier sollte die Tagung neue Kontakte und Impulse für die Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischer historisch-politischer Bildung bringen.

Ausblick

Einige spannende Herausforderungen der historisch-politischen Bildung und der Gedenkarbeit stehen uns bevor. Die Tagung sollte dazu dienen, im Dialog zwischen den Generationen, zwischen ehrenamtlich und hauptamtlich Aktiven, zwischen schulischer und außerschulischer Bildung, zwischen universitärer Forschung und (lokaler) Gedenkarbeit die Geschichte der Gedenk- und Vermittlungsarbeit zu reflektieren, Perspektiven zu diskutieren und Anregungen für die Praxis zu geben. Die große Zuhörerzahl und die Vielzahl an unterschiedlichen Perspektiven, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem in den Workshops einbrachten, hat dem Veranstalter, den Kooperationspartnern und Förderern mit der Konzeption Recht gegeben.

Organisiert wurde die Tagung, auf der die hier abgedruckten drei Vorträge gehalten wurden, vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945. Er wurde bereits 1967 gegründet. Anlass war eine Konferenz, die die Darstellung der NS-Zeit und des Widerstands in Schulbüchern überprüfte. Damit ist der Studienkreis, wenn man von den Überlebendenverbänden absieht, die wohl älteste heute noch existierende und arbeitende Gedenk-, Forschungs- und Vermittlungseinrichtung zur NS-Zeit in Hessen. Ziel war und ist es, die Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus zu erforschen, zu dokumentieren, zu archivieren

und zu vermitteln. Hierzu dienen neben dem Dokumentationsarchiv und der Bibliothek die Zeitschrift „informationen“ und andere Publikationen, Ausstellungen, Veranstaltungen u.a.m. Mit den „Heimatgeschichtlichen Wegweisern“ war der Studienkreis immer auf den Spuren der lokalen und regionalen Geschichte in Hessen, aber auch in anderen Bundesländern. Und natürlich auch auf den Spuren der Aufarbeitung und des Gedenkens. Aus dieser Tradition ist die Thematik der Tagung ein ganz originärer Bestandteil der Arbeit des Studienkreises. Kooperationspartner der Tagung waren das Referat 2/III „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus / Zeitgeschichte / Rechtsextremismus“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung mit Dr. Monika Hölscher als Referatsleiterin und Joachim Heuer sowie das Historische Seminar der Goethe-Universität mit Prof. Dr. Christoph Cornelißen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört u.a. die Geschichte der Erinnerungskulturen. Ihm war es auch zu verdanken, dass die Tagung an einem historischen und geschichtsträchtigen Ort stattfinden konnte, einem Ort, der Konzernzentrale des I.G.-Farben-Konzerns war, nach dem Krieg zum Hauptquartier der US-Army und später Ort des demokratischen Neubeginns wurde (Unterzeichnung der Hessischen Verfassung, Überreichung der „Frankfurter Dokumente“). Heute ist hier der Sitz der Goethe-Universität Frankfurt, die in diesem Jahr ihr 100. Jubiläum feiert.

Neben den drei hier in der Reihe „Hessische GeschichteN 1933–1945 aktuell“ veröffentlichten Vorträgen gab es noch viele weitere interessante Anregungen und Kommentare anderer Beteiligten aus den Podiumsgesprächen und Workshops, die nicht in dieses Heft aufgenommen werden konnten, aber alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung zum Nachdenken und Weiterdenken angeregt haben. Aus einem Workshop über die universitäre Erinnerungsarbeit und das Wollheim-Memorial entwickelte sich eine neue Initiative, die Umbenennung des Grüneburgplatzes vor der Goethe-Universität nach dem ehemaligen Zwangsarbeiter Norbert Wollheim erneut zu fordern. Nach intensiven Debatten in der Öffentlichkeit, städtischen und universitären Gremien soll diese Umbenennung nun durchgeführt werden.

Thomas Altmeyer, Studienkreis
Deutscher Widerstand 1933–1945

Dr. Monika Hölscher, Hessische
Landeszentrale für politische Bildung

Dank

An dieser Stelle soll allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die während der Tagung, aber auch bereits im Vorfeld mit ihrem Engagement geholfen haben, sowie allen anderen aktiv Beteiligten gedankt werden. Der Dank gilt auch den Einrichtungen, die durch ihre finanzielle Unterstützung diese Tagung und die vorliegende Publikation überhaupt erst ermöglicht haben: Hierzu zählen die Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main, die Sparkassenkulturstiftung Hessen-Thüringen, das Kulturamt der Stadt Frankfurt, der Förderverein des Historischen Seminars der Goethe-Universität Frankfurt „historiae faveo“ sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen.

CHRISTOPH CORNELISSEN

Das Erinnern an die NS-Zeit in Deutschland – national und regional*

Öffentlich erinnert wird heute sehr viel. Tatsächlich wird die Erinnerungskultur unserer Tage sowohl auf der nationalen Ebene als auch in den Regionen und Städten sowie Gemeinden von einem Erinnerungsimperativ an die NS-Diktatur angeleitet. In diesem Sinne sprach Bundespräsident Wolfgang Thierse in einer Gedenkstunde am 17. Januar 2000 davon, „dass wir den Umgang mit unserer Geschichte nicht zur Privatsache jedes Einzelnen erklären. Wir können und wir wollen auf öffentliches Gedenken nicht verzichten“.¹ Obwohl es in den frühen 1990er Jahren Befürchtungen gegeben hat, dass nach dem Untergang der DDR die Beschäftigung mit der kommunistisch beherrschten „Volksdemokratie“ im Osten des Landes zu einem nachlassenden öffentlichen Interesse an der NS-Diktatur führen könne, ist insgesamt augenfällig, wie sehr bis in die Gegenwart die Erinnerung an die NS-Zeit sowohl die nationalen als auch die regionalen Erinnerungskulturen in Deutschland überformt hat und wohl weiterhin ein gutes Stück prägt. Fast überall gehört der Rückbezug auf das dunkelste Kapitel der nationalen Vergangenheit zu einer wichtigen kulturellen Orientierungsnorm für die politische Kultur.² Und die öffentlichen Bildungsinstitutionen – sprich Schulen und Universitäten – sowie ein weit umspannendes Netz an Gedenkstätten und besonders ausgewiesenen Erinnerungsorten sorgen dafür, dass das Erinnern an die NS-Zeit gestützt, gefördert und wohl sogar auch ein Stück weit gefordert wird. Hier in Hessen nimmt unter anderem die 1999 in Marburg gegründete Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit eine solche Funktion wahr.³

Ob all diese Aktivitäten tatsächlich die gewünschten Ziele erreichen und die privaten Gedächtnisse beziehungsweise die für intergenerationelle Vermittlung von Erinnerung so bedeutsamen Familiengedächtnisse von den öffentlichen Erinnerungsangeboten erfasst oder gar angeleitet werden, ist freilich eine ganz andere Frage. Vieles deutet darauf hin, dass sich immer wieder eine merkliche Kluft zwischen den öffentlich geförderten Erinnerungsnarrativen auf der einen Seite und dem Eigensinn, ja zuweilen der Widerständigkeit familialer Erinnerungen auf der anderen Seite auftut: „Opa war kein Nazi“, lautet einer der einschlägigen Titel, die das hier nur angedeutete Spannungsverhältnis näher behandeln.⁴ Und wenn private Erinnerung sich in Gruppen formiert, in Interessenorganisationen bündelt – so etwa in Form der in der Bundesrepublik gut etablierten Vertriebenenorganisationen –, kann sich daraus rasch eine Herausforderung für scheinbar gesicherte Deutungen entwickeln, worüber dann plötzlich andere Themen in den Vordergrund der öffentlichen Erinnerungskultur rücken, als dies zeitweilig der Fall war. Zunächst einmal aber darf ein solcher Befund nicht über-raschen, denn Erinnerungskulturen sind zu keinem Zeitpunkt etwas Starres oder auf Dauer Gestelltes, sondern sie bilden das Resultat politischer und gesellschaftlicher Aushandlungen, die sich permanent im Fluss befinden. Es kann daher auch kaum verwundern, dass vor allem in Ostdeutschland, aber noch weit mehr im östlichen Europa seit Anfang der 1990er Jahre wiederholt und mit Nachdruck der Anspruch angemeldet worden ist, ebenfalls den Opfern der

kommunistischen Regime einen Platz, vielleicht sogar einen vorderen Rang in den nationalen und regionalen Erinnerungskulturen einzuräumen.

Die einleitenden Bemerkungen verfolgten die Absicht, herauszustellen, dass die Beschäftigung mit der NS-Zeit sich in der Rückschau historisch jeweils näher zu beschreibenden Konstellationen verdankt, die sorgfältig im Blick auf nationale sowie regionale und lokale Bedingungsfaktoren untersucht werden müssen. Damit schaffen wir überhaupt erst eine Voraussetzung dafür, die Chancen und Herausforderungen an die Vermittlung der NS-Geschichte auch für die Gegenwart und die Zukunft zu begreifen. Selbstverständlich dürfen wir dabei nicht stehen bleiben, denn mit dem Ende der unmittelbaren Zeitzugenschaft an die NS-Gewaltherrschaft stellen sich noch ganz andere Probleme, die allgemein mit dem Übergang von kollektiven zu kulturellen Gedächtnissen beschrieben werden. Eine zusätzliche Herausforderung besteht darin, dass sich das Erscheinungsbild fast aller europäischen Gesellschaften und eben auch in Deutschland im Zuge der internationalen Migration während der letzten vier bis fünf Jahrzehnte fundamental gewandelt hat, was zwangsläufig die Heterogenität kollektiver oder auch kulturell normierter Erinnerungen erheblich erhöht.⁵ Darüber hinaus zeichnet sich im Hinblick auf die Medien der Erinnerung ein fundamentaler Wandel ab, ist doch das „virtuelle Erinnern“ bereits des Längeren auf dem Vormarsch. Es unterstützt oder es ersetzt immer stärker die klassischen Formen der öffentlichen erinnerungskulturellen Selbstverständigung, mit weitreichenden Folgen. Bis zu einem gewissen Grad wurzelt der Trend zu einer Universalisierung des Erinnerns in dieser Virtualität, was einerseits die Erinnerung an die NS-Zeit fördern oder auch verbreitern kann, andererseits aber droht, eine Abkehr hiervon einzuleiten und irrationalen Deutungen eine Plattform zu bieten, die bislang kaum die Chance auf Gehör fanden.⁶

Meine weiteren Betrachtungen werden sich jedoch nicht diesem breiten Themenfeld widmen, sondern allein auf das Spannungsverhältnis von nationalen und regionalen Erinnerungskulturen ausrichten, weil sie mir für das Verständnis des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in Deutschland besonders aufschlussreich erscheinen. Bei uns gibt es so etwas wie ein „föderales Erinnern“, was selbstverständlich mit der Existenz von Bundesländern und entsprechenden politischen Institutionen (kurz: Landeszentralen für politische Bildung) zusammenhängt, aber eben auch mit historisch gewachsenen Landschaften, in denen – ob diese Landschaften nun erfunden worden sind oder reale Gebilde abgeben – öffentliches Erinnern an die NS-Zeit besondere räumliche Konnotationen aufweist. Lassen Sie mich zur Verdeutlichung dieses Sachverhalts ein Beispiel aus einer Broschüre der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vom 2. Oktober 1946 anführen, deren Titel „Baustein zum neuen Reich“ lautet. Darin heißt es: „Wenn irgendwo in den deutschen Ländern die Demokratie ein Heimatrecht besitzt, dann in diesem Gebiet an Rhein und Ruhr, weil hier schon immer der Pulsschlag demokratischen Lebens spürbar war und der Geist der Menschlichkeit die Herzen von Millionen erfüllte“ [...]. Und weiter: „Mit diesem geschichtlichen Gründungsakt wird ein Schlussstrich unter ein Kapitel deutscher Geschichte gezogen, in dessen Verlauf Preußen vorherrschend den Gang der Dinge bestimmte.“⁷ Offensichtlich bildete die regionale Geschichte schon zu diesem Zeitpunkt eine elementare Ressource, mit der einerseits ein klarer Trennungsstrich zum „Dritten Reich“ gezogen werden sollte, andererseits aber die

Region mit einem Federstrich entnazifiziert wurde. Ähnlich argumentierte Nordrhein-Westfalens erster Ministerpräsident, Rudolf Amelunxen, in der Eröffnungssitzung des Landtags am 2. Oktober 1946, als er betonte, die Menschen an Rhein und Ruhr hätten schon immer „jede unnötige Beschränkung der persönlichen Freiheit, den Drill, Kommißgeist und Terror verachtet und wie die Pest gehaßt“.⁸ Es sollte danach Jahre dauern, bevor eine kritische historische Forschung derartige apologetische Selbstbeschreibungen zurechtrücken konnte.

Wenn wir diese Entwicklungen näher in Augenschein nehmen, so öffnet sich der Blick auf ein Spannungsfeld, aus dem heraus Initiativen zur öffentlichen Erinnerung an die NS-Zeit sowohl von nationalen als auch regionalen Institutionen und Akteuren ausgehen konnten, aus dem heraus sie sich zuweilen aber im Weg standen oder in einen Widerspruch zueinander gerieten. Manches Mal bedurfte es lokaler oder regionaler Anstöße, bevor dann auch auf nationaler Ebene sich die Dinge änderten, manches Mal aber war auch das Gegenteil der Fall. Um dieses bislang noch kaum systematisch ergründete Bedingungsgefüge zu veranschaulichen, schlage ich im Folgenden eine Unterscheidung von drei Phasen vor, welche zunächst auf die Zeit bis Mitte der 1960er Jahre eingeht, dann einige Aspekte des Wandels aus den nachfolgenden beiden Jahrzehnten in den Blick nimmt, um abschließend mit wenigen Bemerkungen zur Phase seit den 1990er Jahren zu schließen.

Herausforderungen an die öffentliche Erinnerung bis Mitte der 1960er Jahre

Im Blick auf die ersten beiden Jahrzehnte seit 1945 sticht ins Auge, dass über alle Varianten der Vergangenheits- und Geschichtspolitik sowie auf allen Ebenen – nationalen, regionalen und lokalen – anfangs fast ausschließlich die affirmative Bindung der Bürger an ältere territoriale und administrative Einteilungen gefördert worden ist, so dass die NS-Zeit im Grunde erst gar nicht in das Visier einer kritischen Rückschau geraten konnte. Sämtliche politischen Akteure hieben in die gleiche Kerbe, was in den Heimatgeschichten und Chroniken dieser beiden Jahrzehnte hundertfach nachgelesen werden kann.⁹ In Nordrhein-Westfalen fanden sich beispielsweise die entsprechenden Tendenzen noch verstärkt in den Veranstaltungen und Publikationen des Westfälischen und Rheinischen Heimatbunds, die insgesamt einen hochgradig affektiven Heimatbegriff benutzten. Ähnliches können wir auch in anderen Regionen beobachten. Über die Revitalisierung der vermeintlich „gesunden“ Traditionen der Heimat sollte letztlich eine Rückbindung an die ältere, an die unbelastete Geschichte aus der Zeit vor dem „Dritten Reich“ ermöglicht werden. Es war daher wohl kaum ein Zufall, dass auch die Geschichtsvereine sich zunächst jeweils auf die Geschichte des „eigenen“ Territoriums und auf Epochen bezogen, die nicht nur vor der Gründung des Bundeslandes, sondern auch der des NS-Reiches lagen.

Dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit sowohl regional als auch national in den Hintergrund rückte, hatte zudem nicht zuletzt mit der Einschätzung zu tun, dass sich viele Deutsche in dieser Phase selbst als Opfer begriffen. Eine bewusste Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Allgemeinen und erst recht mit dem eigenen Verhalten im „Dritten Reich“ blieb schon allein deswegen bis Mitte beziehungsweise Ende der 1960er Jahre von zweitrangiger Bedeutung, weil sich viele durch

die Not, die sie als Ausgebombte, als Kriegsgefangene, als Vertriebene und Evakuierte oder auch nur als Nahrungssuchende mehrere Jahre lang erleiden mussten, bereits hinreichend „bestraft“ fühlten.¹⁰ Vor diesem Hintergrund zielten die Repräsentanten der westdeutschen Politik auch auf nationaler Ebene darauf ab, ihren Zuhörern das Erbe des Nationalsozialismus wie auch das des Zweiten Weltkriegs dadurch erträglicher zu machen, indem sie es weitgehend entkonkretisierten. Das hatte zur Folge, dass „die Nazis“ im öffentlichen Gedenkdiskurs wie auch im allgemeinen politischen Sprachgebrauch von „den Deutschen“ unterschieden wurden. Vor allem dann, wenn das Kriegsende in den Blick genommen wurde, bestimmten die Begriffe „Untergang“, „Tragödie“, „Katastrophe“ oder „nationale Schmach“ die Debatten und folgten damit also entweder einer nationalsozialistischen Selbstsicht aus der Kriegsendphase oder sie orientierten sich an den Ideen eines nationalkonservativen Patriotismus. Wendungen wie „die schwere Zeit“ oder die „dunkle Zeit“, die „unseligen“ oder auch die „wirren Jahre“ waren geradezu ubiquitär – und zwar in den Reden auf nationaler, regionaler wie auch lokaler Ebene.¹¹ Da auch Bürgermeister und Landräte sich der immer wieder gleichen Sprachregelungen bedienten, entfaltete die Entkonkretisierung im Gedenkdiskurs in Westdeutschland bis zur Mitte der 1960er Jahre eine nachhaltige Wirkung. Sie passte sich überdies gut in den gesellschaftspolitischen Strukturwandel und eine zukunftsorientierte Raumpolitik ein, in der – wie hier in Hessen – die „soziale Aufrüstung des Dorfes“ im Vordergrund stand. So kann es kaum verwundern, dass in den Heimatchroniken die Weltkriegsjahre oft nur als eine Phase auftauchen, in der es „ganz dunkel“ geworden sei.¹²

Einen direkten Niederschlag fand diese Tendenz auch in den Gedenkreden auf nationaler Ebene, beklagten doch zahlreiche westdeutsche Politiker immer wieder die Zerrissenheit des deutschen Volkes als eine der großen Leiderfahrungen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs. Schon im Laufe der 1950er Jahre hatte dies zur Folge, dass die Verstrickung gerade der Angehörigen aus den Funktionseliten in Militär und Verwaltung kaum mehr ein Thema in der Öffentlichkeit war. Statt dessen überlagerte die Erinnerung an das brutale Vordringen der Roten Armee in den letzten Kriegsmonaten, aber auch die konkrete Anschauung der Nachkriegsrepression in der sowjetisch beherrschten Zone die weiterhin sehr belastenden Kriegserlebnisse vieler Deutscher. Selbst noch zwei Jahrzehnte nach Kriegsende stand der Gedanke gesellschaftlicher Versöhnung im Mittelpunkt der öffentlichen Erinnerungskultur.

Erinnerungskultureller Wandel seit Mitte der 1960er Jahre

Der Haupttenor im öffentlichen Gedenkdiskurs wandelte sich jedoch bereits im Laufe der 1960er Jahre, und man kann wohl sagen, dass noch im gleichen Jahrzehnt sich ein Bruch in dem zuvor beschriebenen geschichtspolitischen Konsens ankündigte. Dieser verdankte sich mehreren Faktoren: Zum einen zählten hierzu die so genannten NS-Prozesse, vor allem der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem und die Frankfurter Auschwitz-Prozesse, sodann die Debatten im Bundestag über die Aufhebung der Verjährungsfristen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen.¹³ Zum anderen und insgesamt wohl von noch größerem Gewicht war das Aufrücken einer neuen Generation in die Führungsstellen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es war daher wohl nur eine Frage der Zeit, bis die überkommene Gedenkpraxis und auch gesellschaftliche

und politische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit kritischer als zuvor hinterfragt wurde. Weiteres kam hinzu: So sahen sich im Gefolge der Hakenkreuzschmierereien in mehreren deutschen Städten zum Ende der 1950er Jahre die Politiker aller demokratischen Parteien in die Pflicht genommen, die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Massenverbrechen während des Zweiten Weltkriegs voranzutreiben. Auch dies führte dazu, dass der bis zu diesem Zeitpunkt landläufige Opferdiskurs sich nach und nach zu einem Diskurs über die Täter im „Dritten Reich“ wandeln konnte. Ferner wurde der Generationenkonflikt im Umfeld der Studentenbewegung von 1968 ein Motor weiterer Auseinandersetzungen mit der NS-Zeit. Und schließlich politisierte sich die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg durch den Regierungswechsel von 1969 und den Beginn der Neuen Ostpolitik, die erhebliche geschichtspolitische Implikationen in sich trug, denn sie erinnerte beständig an den Nationalsozialismus und den Holocaust, der im Osten Europas stattgefunden hatte.

Wie aber verhielten sich regionale und nationale Initiativen in dieser Phase zueinander? Nun, vieles deutet darauf hin, dass der Wandel sich in einem beträchtlichen Maße zunächst eher als ein lokales und regionales statt als ein nationales Phänomen beschreiben lässt, eben als das Ergebnis einer ‚Geschichte von unten‘.¹⁴ Denn erst in dem Moment, als Geschichte sich zu einer Massenaktivität engagierter Bürgerinnen und Bürger entwickelte, die nicht zuletzt den verschütteten Erinnerungen an die NS-Vergangenheit und besonders den Verbrechen an ihrem jeweiligen Ort auf die Spur kommen wollten, veränderten sich die Konturen der lokalen und, dann verzögert, auch die der nationalen Erinnerungskultur. Es handelte sich hierbei zunächst um eine Denkmalsbewegung, die in der Bundesrepublik in erster Linie von den neu aufkommenden Geschichtswerkstätten, lokalen Bürgerinitiativen und ortsansässigen Künstlern getragen wurde. Der Denkmalsboom betraf alle westdeutschen Städte, lässt sich aber besonders gut in West-Berlin nachzeichnen. An zerstörte Synagogen wird seither mit Tafeln erinnert, ebenso an Deportationsbahnhöfe. Hunderte von Gedenktafeln erinnern außerdem an die Verfolgten des NS-Regimes. Hinzu kommen unzählige Denkmäler. Der Denkmalsboom dehnte sich danach rasch auf weitere Felder aus, und verschiedene Akteure vor Ort begannen damit, die Wurzeln des NS und die Stätten der Terrorherrschaft zu identifizieren und in historische Kontexte einzubinden. Teilweise rückten darüber auch erstmals Fragen nach personellen Kontinuitäten ins Rampenlicht, was zwangsläufig Konflikte provozieren musste.

Aber auch noch in dieser Phase hat es durchaus Verweigerungshaltungen gegeben, blieben doch das Schicksal der Zwangsarbeiter oder auch das der Homosexuellen wie auch die Umstände der Todesmärsche auf eine seltsam anmutende Weise ausgeblendet. Im Grunde setzte die Wende diesbezüglich erst in den 1990er Jahren ein. Die entsprechenden Debatten führten jedoch schon seit den 1970er Jahren dazu, dass andere bislang übergangene Häftlings- und Opfergruppen allmählich in die offiziellen Akten des Gedenkens eingeschlossen wurden. Überdies wuchs der politische Druck von unten, die traditionell katastrophisch beherrschte Sicht auf das Kriegsende durch eine alternative Interpretation zu ersetzen. Der 8. Mai mutierte daraufhin, wenn auch über viele Umwege, zu einem „Tag der Befreiung“.¹⁵ Die Dynamik des Wandels in dieser zweiten Phase erklärt sich aber nicht zuletzt mit der Tatsache, dass im Zuge der aufgetretenen Krisen der 1970er Jahre – ich rede hier von der Wirtschaftskrise seit dem ersten Ölpreisschock, den politisch-gesellschaftlichen Krisen und den Umweltkri-

sen – die Orientierung an der Geschichte insgesamt wieder stärker in das Visier der Politik und eines breiten gesellschaftlichen Interesses rückte. Das hatte dann unter anderem zur Folge, dass sich auch in der Landesgeschichtsforschung eine schleichende Erweiterung des Untersuchungsraumes bis in die Zeitgeschichte einstellte. Das am Institut für Zeitgeschichte in München lancierte Projekt „Bayern in der NS-Zeit“ ist eines der wichtigsten fachwissenschaftlichen Zeugnisse dieses Trends, den wir aber in vielerlei Verästelungen auch in anderen Regionen und eben auch in Hessen nachzeichnen können.

Die nationale Ebene blieb hiervon keineswegs unberührt, aber sie folgte eher als den Weg zu weisen. Zwar kam erstmals im Jahr 1965 anlässlich der Erinnerungsfeierlichkeiten an das Weltkriegsende Kritik an den bislang stark ritualisierten Formen des Gedenkens auf, doch dauerte es bis zum Regierungswechsel 1969, bevor neue, politisch sanktionierte Sprachregelungen über die NS-Jahre in die Öffentlichkeit getragen wurden. In Willy Brandts Regierungserklärung aus dem Jahr 1970, noch mehr aber in einer zentralen Gedenkrede Walter Scheels fünf Jahre danach, können wir eine allmähliche Konkretisierung der deutschen Verantwortung für die Verbrechen im Zweiten Weltkrieg ausmachen. Der Wandel schloss eine zögerliche Wende von einem selbst bezogenen Opferdiskurs zu einem Täterdiskurs ein. So forderte Scheel 1975 unter anderem, die „Befreiung“, und zwar die Befreiung von „Krieg, Mord, Knechtschaft und Barbarei“, als die entscheidende Weichenstellung des Kriegsendes zu verstehen. Die „deutsche Tragödie“ habe nicht erst 1945 begonnen, sondern bereits 1933, heißt es weiterhin in seiner Rede. Der fehlende Widerspruch der Deutschen habe dem Diktator überhaupt erst den Weg in den Krieg ermöglicht.¹⁶ Obwohl Scheel Mitte der 1970er Jahre in mancher Hinsicht genau das sagte, was Richard von Weizsäcker zehn Jahre später nochmals mit Emphase, teilweise im Ton eines Predigers wiederholen sollte, erzielte er eine weitaus geringere öffentliche Resonanz. Offensichtlich befand sich die westdeutsche Gesellschaft damals noch in einem Stadium, das es großen Teilen der Bevölkerung nicht erlaubte, die Erinnerung an das persönliche, selbst erfahrene Leid mit einem Eingeständnis der Mitverantwortung für millionenfache Verbrechen im Nationalsozialismus zu verbinden.¹⁷

Als ein hemmender Faktor erwies sich dabei jedoch die anhaltende erinnerungspolitische Konkurrenz zwischen Ost- und Westdeutschland, woran selbst die Wende in der Ostpolitik unter Brandt und Scheel nichts ändern konnte. Für ein selbstkritischer akzentuiertes politisches Gedenken blieben daher in Westdeutschland zunächst enge Spielräume bestimmend. Gleichwohl, die Gedenkreden gegen Ende dieser Phase signalisierten wichtige Änderungen im herrschenden politischen Diskurs. Denn nach und nach verblasste die zuvor außerordentlich starke Erinnerung an das Leid der Deutschen, insbesondere auch an das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland. Aus dieser Konstellation resultierten beträchtliche Spannungen, die zum einen in einer ideologischen Verfestigung von Organisationen wie den Vertriebenenverbänden mündeten. Zum anderen setzte im Diskurs der politischen Linken bis hin zur liberalen Mitte auf nationaler Ebene ein Prozess ein, der zu einer Marginalisierung der konkreten Verlusterfahrungen vieler Angehöriger aus der Erlebnisgeneration des Zweiten Weltkriegs beitragen sollte. Wir können somit eine allmähliche Ablösung oder sogar einsetzende Spaltung zwischen der erinnerungskulturellen Praxis auf nationaler Ebene von der auf lokaler Ebene oder auch den in vielen Familien geführten Diskussionen beobachten, wo gerade

diese Erinnerungsbezüge noch sehr lebhaft waren und weiterhin gepflegt worden sind. Gleichmaßen dürfen wir nicht übersehen, dass in der zweiten Phase auch auf nationaler Ebene gegenläufige Prozesse in Gang kamen, als Bundeskanzler Helmut Kohl direkt nach seiner Regierungsübernahme zwei große historische Museumsprojekte erfolgreich lancierte, welche die Deutschen mit ihrer Nationalgeschichte wieder stärker versöhnen sollten. Mit anderen Worten: Der geschichtspolitische Fokus auf die Jahre 1933–45 sollte abgeschwächt werden. Hiergegen scheint die Rede Richard von Weizsäckers aus dem Jahr 1985 einen Kontrapunkt gesetzt zu haben, markiert sie doch den 8. Mai als einen Tag der Befreiung. Darüber darf man aber nicht vergessen, dass der Erfolg der Ausführungen von Weizsäckers sich vor allem über die von ihm gewählte und aufrüttelnde Opferperspektive erklärt, er aber tatsächlich nur wenig präzise von den Tätern und ihrer Schuld sprach. Überdies sorgte primär der Dreiklang aus differenziertem Opfergedenken, nur verhaltener Täteranklage und einer abschließenden Versöhnungsgeste für die außerordentlich positive Resonanz seiner Rede. Der Eklat um die Gedenkrede Philipp Jenningers vom 10. November 1988, gehalten zur Erinnerung an die so genannte Reichskristallnacht 50 Jahre zuvor, zeigt vielmehr, wie sehr die konkrete Beschäftigung mit den deutschen Tätergruppen auf das politische Establishment, noch mehr aber auf große Teile der westdeutschen Gesellschaft noch am Ende der 1980er Jahre irritierend wirkte.¹⁸ Denn Jenninger hatte es gewagt, die Täterschaft vor und im Zweiten Weltkrieg nicht nur auf wenige Personen zu reduzieren, sondern die Voraussetzungen für den Holocaust in den breiten Schichten der deutschen Gesellschaft zu verorten. In der Summe bleibt, dass die regional und lokal verortete Erinnerung an die NS-Zeit zu diesem Zeitpunkt weiter war als der Gedenkdiskurs auf nationaler Ebene.

Zur Universalisierung und Re-Nationalisierung des bundesdeutschen Gedenkdiskurses seit den 1990er Jahren: nationale und regionale Aspekte

Mit dem Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik und der deutschen Einheit seit 1990 haben sich die Rahmenbedingungen für die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte schon allein deswegen entscheidend gewandelt, weil die vergleichsweise monolithische Erinnerungskultur der DDR in Frage gestellt wurde und fast vollständig von der Landkarte verschwand. Seitdem richtet sich das Gedenken im politischen Diskurs der Bundesrepublik an die Opfer von zwei deutschen Diktaturen, was im Laufe der 1990er Jahre zunächst zu einer Konkurrenz zwischen all denen führte, die an der historischen Aufarbeitung und der praktischen Gedenkstättenarbeit beteiligt waren, aber auch zwischen unterschiedlichen Opfergruppen. Entgegen zwischenzeitlicher Befürchtungen, wonach die Erinnerung an die stalinistische Diktatur und ihre Opfer zu einer Relativierung im Gedenken der Opfer aus der NS-Zeit führen könne, blieb jedoch Erstere durchweg im Schatten der millionenfachen Morde an den Juden Europas.

Tatsächlich führten die 1990er Jahre sogar unter dem Eindruck medialer Inszenierungen (z.B. „Schindlers Liste“) sowie großer öffentlicher Debatten in der Bundesrepublik (über Daniel Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“, die jahrelange Auseinandersetzung um die Wehrmachtsausstellung, die Kontroverse zwischen Martin Walser und Ignaz Bubis sowie die

wechselvolle Debatte über ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas) zu einer intensiven öffentlichen Auseinandersetzung mit den Verbrechen in den Jahren der NS-Diktatur. Unverkennbar gab es wichtige Anstöße auf nationaler, teilweise internationaler Ebene, welche die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus seitdem auf eine neue Stufe gestellt haben, was dann auch auf die regionale Ebene herunterfilterte. Auch wegen des fortlaufenden Generationenwandels stellt sich seitdem der öffentliche Gedenkdiskurs in einem stark veränderten Licht dar. Im Hinblick darauf äußerte Bundeskanzler Gerhard Schröder nur kurz nach der Übernahme der Kanzlerschaft im Jahr 1998, dass „Leute, die keine eigene Erinnerung haben [sic] – das betrifft meine Generation und die Generationen, die danach kommen –, [...] ohne Schuldkomplexe herumlaufen können“.¹⁹ Mit dieser Aussage wollte der Kanzler, wie Schröder im gleichen Interview ebenfalls festhielt, sicherlich keinen Freibrief für eine Geschichtsvergessenheit ausstellen. Und doch war seine Äußerung missverständlich. Freilich hatte der Bundeskanzler schon in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 ebenso deutlich zu verstehen gegeben, dass auch unter seiner Führung es in der Bundesrepublik „keinen Ausstieg aus unserer historischen Verantwortung“ geben werde. Aus Anlass seiner Rede zur Eröffnungsveranstaltung des Internationalen Holocaust-Forums am 26. Januar 2000 in Stockholm bekräftigte er diesen Willen nochmals vor einem großen Publikum. Die Erinnerung an Auschwitz müsse zu den geistigen Fundamenten des sich einigenden Europa erklärt werden. Und Schröder bekräftigte: „Wir wollen, dass sich die Jugendlichen in unseren Ländern mit dem Grauen des Holocaust auch in Zukunft auseinandersetzen“.²⁰ Noch weit expliziter brachte Wolfgang Thierse das gleiche Anliegen aus Anlass der Feiern am 27. Januar 2004 zum Ausdruck: Seinen Worten folgend gibt die Erinnerung an den Holocaust sogar einen integralen Bestandteil unserer nationalen und europäischen Identität ab. Unter Bezug auf Simone Veil konstatierte Thierse: „In gewisser Hinsicht stellt er [der Holocaust] sogar das europäischste aller Ereignisse des 20. Jahrhunderts dar. Das Entsetzen über den Holocaust hat die Europäer wieder zusammengeführt – in der Rückbesinnung auf die gemeinsamen Werte Europas, die von den Nationalsozialisten mit den Füßen getreten wurden, in der Rückbesinnung auf Menschenwürde und Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit, Respekt und Toleranz, auf die Ideale von Humanismus und Aufklärung.“²¹

Thierse legte damit eine Interpretation vor, die auch auf Ebene der Länder in der Bundesrepublik sowie der Städte und Gemeinden rasch zum landläufigen Topos wurde. Nur ein Beispiel hierfür ist der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, der im gleichen Jahr davon sprach, dass Bergen-Belsen „in der Geschichte und im Gedenken ein Ort von europäischen Dimensionen“ sei.²² Ganz offensichtlich entsprach dieser Tenor einer Universalisierung beziehungsweise einer Europäisierung des Gedenkens dem Geist der Zeit, und das nicht nur in Deutschland.²³ Hier aber kam Weiteres hinzu. Denn zu weiteren Begleiterscheinungen des neuen Gedenkdiskurses in der Bundesrepublik gehörte die Wiederentdeckung von zwischenzeitlich vergessenen oder ignorierten Orten der NS-Verbrechen. So avancierten im Laufe der 1990er Jahre die zuvor von vielen Politikern unbeachteten KZ-Gedenkstätten zu bevorzugten Orten für öffentliche Gedenkveranstaltungen. Schon bei den Veranstaltungen aus Anlass des 50. Jahrestages zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs konnte man das gleiche Phänomen beobachten. Bundespräsident Roman Herzog redete beispielsweise in Bergen-Bel-

sen, Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth in Ravensbrück und Bundesaußenminister Klaus Kinkel in Sachsenhausen. Und auch die Ministerpräsidenten der Länder hielten nun Ansprachen an den entsprechenden Orten.

Die gleiche Tendenz trat in den Regionen und auf kommunaler Ebene zum Vorschein. Überall sind seit den 1990er Jahren Museen, Gedenkstätten sowie Denkmäler, die sich auf die NS-Vergangenheit beziehen, regional und lokal zu gesellschaftlich akzeptierten und meist auch staatlich geförderten Bestandteilen der Erinnerungskultur aufgestiegen. Dabei wurden gelegentlich neue Wege und methodische Zugänge gesucht, was sich unter anderem in der von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung verbreiteten Informationsbroschüre zu „Erinnern und Gedenken in Hessen“ ablesen lässt.²⁴ Sie verzeichnet alle Stätten, die sich der Verfolgung und dem Widerstand in der Nazizeit widmen. Es wäre jedoch unangemessen, die weitere Entwicklung als die Erfolgsgeschichte einer sich immer weiter demokratisierenden und pluralisierenden Erinnerungskultur auszudeuten. Denn was sich anfangs in der Bundesrepublik, vor allem auch vor dem Hintergrund der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren, noch relativ vorsichtig als Kritik an einer zu engen und normativen Auslegung des politischen Gedenkens um den Zweiten Weltkrieg andeutete, ist seitdem zu einem immer stärkeren Protest angeschwollen. Mittlerweile meinen viele noch lebende Zeitzeugen aus der Erfahrungsgeneration des Zweiten Weltkriegs, es müsse nun endlich wieder möglich sein, offen über das eigene, das heißt primär „deutsche Leiden“ im Zweiten Weltkrieg zu sprechen. Ob gewollt oder ungewollt: Mehrere Publikationen und Diskussionen förderten diesen Trend zu einer stärker auf sich selbst gerichteten bundesrepublikanischen Erinnerungs- und Gedenkkultur. Dazu zählten so unterschiedliche Bücher wie Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“ oder auch Jörg Friedrichs Bestseller „Der Brand“, beide erstmals im Jahr 2002 erschienen. Einen weiteren wichtigen Schub löste die seit mehreren Jahren laufende Debatte über die Einrichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ aus. In der Summe förderten sie den Wunsch der Vertriebenen, ihre Stimme im öffentlichen Gedenkdiskurs erneut stärker zur Geltung zu bringen. Mit Erfolg, denn schon vor der Regierungserklärung Angela Merkels aus dem Jahr 2005 verständigten sich die Verhandlungsführer der Großen Koalition darauf, „in Berlin ein sichtbares Zeichen zu setzen, um an das Unrecht der Vertreibung zu erinnern“. Hiermit gingen Änderungen im öffentlichen Gedenkdiskurs einher, was sich an zahlreichen Politikgedenkenreden ablesen lässt.

Gleichzeitig sind wir aber auch Zeugen einer Entwicklung, in denen die Erinnerung an den Holocaust immer stärker universalisiert wird.²⁵ Hierbei handelt es sich um ein internationales Phänomen, aber in Deutschland hat es besonders markante Züge. Denn hier wird die Erinnerung an den Holocaust dazu genutzt, die allgemeine Rückbesinnung auf die Menschenwürde und Menschenrechte, auf Freiheit und Gerechtigkeit, auf Respekt und Toleranz sowie auf die Ideale von Humanismus und Aufklärung zu fördern. Dieser Tenor scheint auf allen Ebenen des institutionalisierten Erinnerns zum Durchbruch gekommen zu sein – und er spiegelt gewiss auch ein Stück gedenkpolitischer Korrektheit wider. Mittlerweile ist es daher auch in der Bundesrepublik Deutschland möglich geworden, offiziell die Befreiung des Lagers Auschwitz mit einem Gedenktag zu würdigen.²⁶ Wie aber ist ein Vorgang zu bewerten, um zum Ende zu gelangen, bei dem ein Tag vom historischen Kern des tatsächlichen Geschehens immer weiter

getrennt wird, um ihn im Zeichen eines universalen Gedenkens zum Anlass einer politischen Botschaft zu machen, konkret ihn als eine „zeitlose Ermahnung zur Humanität“ zu begreifen? Man kann ein solches Ergebnis aus politischen Gründen begrüßen, muss aber gleichzeitig skeptisch bleiben angesichts des schon jetzt merklich nachlassenden Medienechos am Holocaust-Gedächtnistag in der Bundesrepublik.

Vielleicht hilft es dagegen, den Blick in die Region, in das Lokale stärker zu fördern, weil hier die Anschauung vom Konkreten eine Ahnung von dem Geschehen jeweils vor Ort und in der Region geben kann. Hierbei mag der Rückbezug auf einen schon älteren, aber doch einschlägigen Titel hilfreich sein, geht es doch letztlich um „Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne“. Sein Autor, Gert Zang, hat dieses Werk aus dem Jahr 1985 mit Reflexionen über den theoretischen und praktischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte überschrieben und liefert damit wichtige Hinweise für all die Bemühungen, die sich heute für eine lokale und regionale Erinnerung an die NS-Zeit einsetzen.

Anmerkungen

- * Hierbei handelt es sich um einen am 24. Januar 2014 gehaltenen Vortrag, der für den Druck geringfügig überarbeitet und annotiert wurde.
- 1 Wolfgang Thierse, Ansprache zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung [hiernach zit. unter Bulletin] Nr. 9, 17.2.2000, S. 50.
- 2 Siehe dazu Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001. Zum internationalen Vergleich vgl. Christoph Cornelißen: „Vergangenheitsbewältigung“ – ein deutscher Sonderweg? In: Katrin Hammerstein u.a. (Hrsg.): *Aufarbeitung der Diktatur, Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*. Göttingen 2009, S. 21–36, sowie Arnd Bauerkämper, *Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945*. Paderborn 2012.
- 3 Siehe dazu <http://www.erinnern-in-hessen.de/>.
- 4 Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall (Hrsg.), „Opa war kein Nazi“. *Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Frankfurt/M. 2002.
- 5 Carlos Kölb, *Historisches Erinnern an Schulen im Zeichen von Migration und Globalisierung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 60 (2010), 25/26, S. 29–35.
- 6 Hein, Dörte, *Virtuelles Erinnern*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 60 (2010), 25/26. S. 23–29.
- 7 Christoph Cornelißen, *Der lange Weg zur historischen Identität. Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946*, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), *Bayern im Bund, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*, München 2004, S. 423–484.
- 8 Ebd.
- 9 Vgl. Hartmut Berghoff, *Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung. Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den Fünfziger Jahren*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49 (1998), S. 96–114.
- 10 Christoph Kleßmann, *Untergänge – Übergänge. Gesellschaftsgeschichtliche Brüche und Kontinuitätslinien vor und nach 1945*, in: Ders. (Hrsg.), *Nicht nur Hitlers Krieg. Der Zweite Weltkrieg und die*

Deutschen, Düsseldorf 1989, S. 83–97.

- 11 Vgl. Norbert Frei, *Deutsche Lernprozesse. NS-Vergangenheit und Generationenfolge seit 1945*, in: Ders., *Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen*, München 2005, S. 23–40.
- 12 Christoph Cornelißen, *Geschichtspolitik und historische Identitätsbildung in den deutschen Bundesländern nach 1945*, hrsg. von Norbert Kartmann, Wiesbaden 2012.
- 13 Vgl. dazu *Der Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965): kommentierte Quellenedition, mit Abhandlungen von Sybille Steinbacher und Devin O. Pendas*, hrsg. von Raphael Gross u. Werner Renz, Frankfurt/M. 2013; Helmut Dubiel, *Niemand ist frei von der Geschichte: Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*, München 1999.
- 14 Maximilian Strnad, „Grabe, wo Du stehst“. Die Bedeutung des Holocaust für die Neue Geschichtsbewegung, in: *Der Holocaust in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft: Bilanz und Perspektiven*, hrsg. von Michael Brenner, Göttingen 2012, S. 162–198.
- 15 Vgl. Jan Holger Kirsch, *„Wir haben aus der Geschichte gelernt“. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland*, Köln 1999.
- 16 Walter Scheel, *Zum 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs*, in: *Bulletin Nr. 59*, 7.5.1975, S. 549–553, hier S. 549.
- 17 *Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich der Gedenkstunde zu 40 Jahren Kriegsende im Plenarsaal des Deutschen Bundestages*, 8.5.1985, in: <http://www.bundestag.de/geschichte/parlhist/dokumente/dok08.html> (20.3.2008).
- 18 Philipp Jenninger, *Rede am 10. November 1988 im Deutschen Bundestag*, in: http://www.media-culture-online.de/fileadmin/bibliothek/jenninger_rede/jenninger_rede.pdf (20.3.2008).
- 19 Ein ZEIT-Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder über das geplante Holocaust-Mahnmal, die Folgen der Walser-Bubis-Debatte und den Wiederaufbau des Berliner Schlosses, in: <http://www.zeit.de/1999/06/199906.schroeder-gespra.xml> (20.3.2008).
- 20 *Rede von Gerhard Schröder auf der Eröffnungsveranstaltung des Internationalen Holocaust-Forums am 26. Januar 2000 in Stockholm*, in: *Bulletin vom 17.2.2000*, S. 54–56, Zitat S. 55.
- 21 Wolfgang Thierse, *Rede zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2004 im Deutschen Bundestag*, in: <http://www.bundestag.de/Parlament/praesidium/reden/2004/003.html> (20.3.2008).
- 22 Christian Wulff, *Begrüßung, 17. April 2005, anlässlich einer Gedenkfeier in Bergen-Belsen*, in: http://www.bergenbelsen.de/pdf/Gedenkveranstaltung_2005_d.pdf (20.3.2008).
- 23 Christoph Cornelißen, *Die Nationalität von Erinnerungskulturen als ein gesamteuropäisches Phänomen*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 62 (2011), 1/2, S. 5–16.
- 24 *Erinnern und Gedenken in Hessen*, hrsg. von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 1999. Siehe auch <http://www.erinnern-in-hessen.de/>
- 25 Natan Sznajder, *Gedächtnisraum Europa. Die Visionen des europäischen Kosmopolitismus. Eine jüdische Perspektive*. Bielefeld 2008; Richard Ned Lebow u.a. (Hrsg.), *The Politics of Memory in Postwar Europe*. Durham 2006.
- 26 Harald Schmid, *Europäisierung des Auschwitzgedenkens? Zum Aufstieg des 27. Januar 1945 als „Holocaustgedenktag“ in Europa*, in: Jan Eckel (Hrsg.): *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*. Göttingen 2008, S. 174–202.

DIETFRID KRAUSE–VILMAR:

Der Nationalsozialismus als Gegenstand historisch-politischen Lernens oder: Die Geschichtswerkstatt als Bildungsort

Zunächst einige Vorbemerkungen zur Entstehung und zu den Voraussetzungen meiner Thesen, deren kategoriale Zugänge *der Einzelne, der historische Ort*, (und methodisch:) *Wissenschaft als sozialer Prozess* und *der Werkstattcharakter unserer Bildungsbemühungen* sind.

Das Besondere der deutschen Geschichte in den Jahren 1933–1945

Ich will darauf hinweisen, dass für uns gegenwärtig Lebende die Nazizeit sich grundlegend von anderen Epochen der deutschen Geschichte, auch von der Zeit nach 1945, unterscheidet. Beim Nationalsozialismus handelte es sich um ein Ereignis von besonderer Tiefenwirkung und ebenso außergewöhnlicher Langzeitwirkung bis in das private Leben fast aller davon berührten Menschen hinein.¹ In Frankfurt, wo Theodor W. Adorno und Max Horkheimer als die Autoren von „Autorität und Familie“ lehrten, wo Fritz Bauer den Auschwitz-Prozess in Gang setzte, bedarf dies keiner Hervorhebung. Gerhard Leibholz sagte: „Der Nationalsozialismus war in gewissem Sinne eine Offenbarung; er zeigte, was an den einzelnen Menschen im Grunde genommen dran war – er offenbarte die Substanz der Menschen.“² Ähnlich übrigens auch Roman Herzog in seiner Rede zum 1. Januar 1999: „Die Schule hat ihre Chancen, aber sie hat auch ihre besonderen Probleme; denn der Nationalsozialismus ist kein Unterrichtsgegenstand wie alle anderen, auch kein beliebiges Objekt der Zeitgeschichte. Es geht ja nicht nur um die Vermittlung historischer Fakten. Wer sich dieser Geschichte stellt, der wird als moralisches Subjekt selbst in Frage gestellt.“³ Zugleich bleibt die verbrecherische Grundhaltung des Nationalsozialismus unbegreiflich. Elias Canetti hat schon früh auf die Schwierigkeiten des Begreifens dieses Geschehens hingewiesen: „Zu einer wirklichen Erfassung dieses Phänomens [gemeint ist: der Nationalsozialismus; d. Vf.] sind neue Mittel unerlässlich. Man muss sie gewahren, heranholen und verwenden, wo immer sie sich bieten. Die Methode zu einer solchen Untersuchung kann noch nicht bestehen. Die Strenge der Fachdisziplinen erweist sich hier als Aberglaube. Was ihnen entschlüpft, ist eben das, worauf es ankommt. [...] Jede Arroganz des Begriffs, wo immer sonst er sich bewährt haben mag, ist hier schädlich.“⁴

Das Besondere der Bildungsaufgabe

Trotz oder wegen dieser außergewöhnlichen Tiefen- und Langzeitwirkung ist nach dem Ende des kollektiven Rauschs geschwiegen, über das Vertretbare hinaus verdrängt und der Nationalsozialismus sogar gerechtfertigt worden. Und hier entsteht die Bildungsaufgabe und der Bildungsauftrag: Wie umgehen mit dieser Hypothek?

Ich möchte im Folgenden zeigen, dass diese Lage besondere Methoden des Umgangs mit dieser Zeit erforderte und erfordert. Notwendig waren gegenüber dem traditionellen wie dem

modernen Wissenschaftsbetrieb alternative Methoden des Umgangs mit Geschichte. Immer war zugleich die Bildungsfrage einzubeziehen. Denn wer wollte bestreiten, dass das Verhältnis eines Einzelnen wie auch größerer Gruppen und Verbände zur eigenen Geschichte immer auch zugleich eine kardinale Bildungsfrage ist? Hartmut von Hentig sprach vom „Bewusstsein der Geschichtlichkeit der eigenen Existenz“ als einem Kriterium für Bildung.⁵

Das Lager Breitenau bei Kassel

Die Grundlagen meiner Thesen sind mehrjährige Erfahrungen in einem Projekt der Kasseler Universität, das sich der Geschichte des regionalen Konzentrationslagers Breitenau, 15 Kilometer vor den Toren der Stadt Kassel in Guxhagen (Schwalm-Eder-Kreis) gelegen, gewidmet hat. Im Rahmen eines Forschungsvorhabens zur Geschichte der Arbeiterbewegung stieß ich Ende des Jahres 1979 auf bis dahin von der wissenschaftlichen Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommene Akten des Lagers aus der Nazizeit. Die Kenntnis von diesem Aktenbestand verdankte ich dem Hinweis eines Verfolgten des NS-Regimes. Beim Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV), dem Rechtsnachfolger des Eigentümers der Liegenschaft, sollte sich eine Liste von Namen ehemaliger KZ-Häftlinge finden, teilte er mir mit. Am nächsten Tag fand ich die erwähnte Liste. Ich entdeckte dort auch ungefähr 3000 Individualakten von Schutzhaftgefangenen Breitenaus aus der Nazizeit. Diese Akten gehörten an die Öffentlichkeit. Studierende und Mitarbeiter unserer Hochschule bereiteten eine Ausstellung vor, die wir unter dem Titel „Erinnern an Breitenau 1933-1945“ im Herbst 1982 in Kassel zeigten.⁶ Es meldeten sich die ersten Zeitzeugen, nach denen wir suchten; einige besuchten uns, andere überließen uns Zeugnisse ihrer Haftzeit. Im Dezember 1983 lud der LWV uns ein, die Ausstellung in seinen Räumen in Guxhagen, also am historischen Ort des Geschehens, auf Dauer zu zeigen; seit dem Sommer 1984 gibt es die Gedenkstätte Breitenau, die sich bis heute eines regen Zuspruchs erfreut. Seitdem ist eine Kopie der Ausstellung an zahlreichen Schulen, Museen und anderen öffentlichen Orten in Hessen gezeigt worden. Mehr als 100 000 Menschen haben die Gedenkstätte in den vergangenen dreißig Jahren besucht.

Was war Breitenau in der Nazizeit gewesen? Zwischen dem 15. Juni 1933 und dem 17. März 1934 war Breitenau – neben der Aufgabe als Arbeitsanstalt [seit 1874], die zunächst bis Kriegsende erhalten blieb – zugleich ein „Konzentrationslager für politische Schutzhäftlinge“ aus dem Regierungsbezirk Kassel.⁷ Eingerichtet hatte dieses Lager der Kasseler Polizeipräsident. Diese sogenannten „frühen“ Konzentrationslager sind von den späteren unter SS-Regie stehenden Lagern fast in jeder Hinsicht zu unterscheiden; gleichwohl markieren sie den Anfang jenes Weges, an dessen Ende Majdanek, Treblinka, Auschwitz und andere Vernichtungsstätten standen. Die Haftbedingungen in Breitenau glichen den damaligen Gefängnis- und Zuchthausvorschriften: viel Arbeit (meist in der Landwirtschaft), tägliche Appelle, die Unterbringung in großen Sälen. Allerdings mit einem Unterschied: Zum Tageslauf von Breitenau in jenen Monaten gehörte das Schlagen, Treten, Herumstoßen seitens der Wachmannschaften – zuerst SA-, später SS-Männer –, das „Vorführen“ einzelner Gefangener, das körperliche Überfordern (Befehle, ständig bis zur Erschöpfung im Kreis zu laufen), die Einzelhaft und die Dunkelhaft. Auch deutsche Juden, meist auf Grund von Denunziationen, sind im Jahr 1933

in Breitenau inhaftiert gewesen. Zwischen „Besserungsfähigen“ und „Nichtbesserungsfähigen“ – als letztere galten fast immer Kommunisten – wurde unterschieden. Dies alles für 470 überwiegend junge Männer, die wegen ihrer unangepassten Haltung in „Schutzhaft“ genommen worden waren.

In der Kriegszeit war Breitenau ein Lager, das vielfältigen Zwecken diene.⁸ Die meisten Gefangenen waren ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich – mit falschen Versprechungen ins Deutsche Reich gelockt oder zur Arbeit hier zwangsverpflichtet – angesichts der rigiden Arbeits- und Lebensbedingungen gewehrt hatten und nun in Breitenau einer besonderen Art von „Arbeitserziehung“ unterworfen wurden. Zweitens diene Breitenau als Sammellager für Menschen, über deren endgültige Deportation im Reichssicherheitshauptamt in Berlin noch nicht entschieden war; dies traf zahlreiche Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel. Sie wurden auf Anordnung der Gestapo Kassel nach Breitenau gebracht und blieben bis zur endgültigen Entscheidung aus Berlin dort. Drittens war Breitenau ein Sammellager für im Einzelnen nicht in allen Fällen aufklärbare „Transporte“. Viertens diene ein Gebäude ab Ende 1943 als Sitz verschiedener Kommissariate der Gestapostelle Kassel, die nach den Bombardierungen ihrer Dienstgebäude in Kassel eine Ausweichunterkunft hatten suchen müssen. Schließlich war Breitenau Ort eines schrecklichen Verbrechens in der Nacht zum 30. März 1945: einen Tag vor dem Einrücken der amerikanischen Truppen ermordeten SS-Angehörige der Gestapo 28 Gefangene am nahe gelegenen Fuldaberg.

Zum Konzept der Geschichtswerkstatt

Die in Breitenau sich engagierenden Studierenden und Hochschulangehörigen nannten sich „Projektgruppe Breitenau“ und verstanden sich nicht nur als Projekt im Sinne John Deweys und seiner Chicagoer Freunde, sondern bewusst auch als Geschichtswerkstatt. Der theoretische Rahmen dieser weltweiten Bewegung der Geschichtswerkstätten wurde in den 1980er Jahren formuliert. Als alternative und neue Theorie und Praxis der Geschichte hat dieser Rahmen meiner Ansicht nach bis in unsere Tage nichts an Aktualität verloren – und das neue Verständnis von Regional- und Lokalgeschichte scheint mir in seiner Bedeutung für Bildungsfragen beim Thema Nationalsozialismus noch gar nicht ganz ausgeleuchtet. Klare theoretische Beiträge haben hierzu als erste – und zunächst nicht unter besonderer Berücksichtigung der Nazizeit, sondern unter dem Aspekt „Alltagsgeschichte“ und „Oral History“ – Sven Lindqvist⁹, Gert Zang¹⁰ und Alf Lütke¹¹ formuliert. Damit war der Horizont unserer Praxis in Breitenau umrissen. Kein Zufall scheint es übrigens gewesen zu sein, dass z.B. Sven Lindqvist mühelos, besser: folgerichtig von der Geschichtswerkstatt ausgehend zum Besonderen und Allgemeinen gelangen konnte¹².

Die Annäherung an die Einzelnen

Im Zentrum unserer Arbeit stand die Annäherung an die Person, an die erfahrene Geschichte einzelner Gefangener. Wir bemühten uns, aus den Akten biografische Wege zu rekonstruieren, so dass die Menschen wieder sichtbar wurden, die als Gefangene kategorial erfasst und

deren Daten „zu den Akten gelegt“ waren. Auch suchten wir ehemals Verfolgte auf und/oder korrespondierten mit ihnen: in Polen, in Frankreich und den Niederlanden, in Italien, in der Tschechoslowakei und an vielen Orten in Deutschland. Wir sprachen mit ihnen und einige von ihnen besuchten uns.

Allein die Tatsache – so unsere wiederkehrende Beobachtung –, dass die ehemals Verfolgten und Gedemütigten nach ihrer Geschichte gefragt wurden, dass ihre Leiden angehört, auch aufgeschrieben werden konnten, dass sie selbst gar durch ihr erlittenes Unrecht an der allgemeinen Aufklärung mitwirken konnten, bedeutete ihnen viel. Das Leiden war mithin nicht umsonst, solange die Hoffnung bestand, dass das Darüber-Sprechen anderen jungen Menschen helfen kann.

Auch zur Aufklärung historischer Sachverhalte geringe Beiträge wurden angenommen. Der Gesprächspartner wurde nicht vorrangig als Zeitzeuge in seinem historiographischen Aussagewert beurteilt und verabschiedet – vielmehr begann eine aufwendige und mühselige und zugleich bereichernde, beinahe „solidarische“ Beziehung, die meist in irgendeiner schwächeren Form noch eine gewisse Zeit anhält. Bei dieser Art von Gesprächen, die einem Dialog viel eher glichen als einem professionell sozialwissenschaftlich geleiteten Interview, fand oft eine komplexe Begegnung zwischen zwei Menschen statt, die bedeutendere Dimensionen erreichte als das historische Detail, über das zur gleichen Zeit gesprochen werden musste (z.B. Wo genau befanden sich die Schlafpritschen?). Die Frage war, wie man mit dieser Begegnung umgehen sollte. Im traditionellen Wissenschaftsverständnis wird dieser Bereich als zu vernachlässigende Größe oder als schmückendes Beiwerk abgetan, über das man beiläufig erzählt. Sieht man jedoch genauer hin und nimmt man die Lebensgeschichte des Gesprächspartners in ihrem eignen Recht und ihrer eignen Würde auf, erkennt man nicht selten, dass es sich bei diesen „Tiefendimensionen“ um ganz entscheidende historische Erfahrungen der Person handelt. Uns wurde klar, dass das Verhältnis der Person zur Geschichte überhaupt hier erst sichtbar werden konnte. Geschichte der Person bedeutet hier nicht selten: schwere Hypothek, Bann, Tabu und Sprachlosigkeit, Verdrängung und Schweigen. Die Vergangenheit erwies sich dann als Barriere an der Entwicklung eigener Identität und Zukunftsgestaltung. Es ging uns um das Ernstnehmen der Gesprächspartner als mögliche Subjekte der Geschichte, um das in die Zukunft gerichtete Prinzip der Selbstbewusstwerdung als Voraussetzung einer selbstbestimmbaren Lösung der schwieriger gewordenen und schwieriger werdenden Weltfragen.

Erst die Individualisierung, die Anerkennung der „geschichtsmächtigen“ Kraft der Einzelnen, die Aneignung der eignen Lebensgeschichte kann in unseren Augen den Weg in eine selbstbestimmte Zukunft anbahnen, zumindest an deren Voraussetzungen arbeiten. Hierfür war die Klärung der je eigenen Herkunft und die Anerkennung des je eigenen Weges unabdingbare Voraussetzung.

Bei dieser Annäherung an die Person und ihre Geschichte stießen wir auf eine für uns neue Biographik: Es öffnete sich für unser Geschichtsverständnis vom Einzelnen der Blick auf das Besondere und Allgemeine. Wir lernten, dass das „gesellschaftliche Ensemble“, wenn man genau hinsieht, sich auch „im Individuum“ wahrnehmen und dort gleichsam „abholen“ lässt. Die Literatur beschreitet diesen Weg seit langem: zum Beispiel Rolf Hochhuth mit „Eine Liebe

in Deutschland“, Christa Wolf mit „Kindheitsmuster“, Heinar Kipparadt mit „Bruder Eichmann“, Luce d'Eramo mit „Der Umweg“ oder Götz Aly / Michael Sontheimer mit ihrem Buch über Julius Fromm. Individuum und gesellschaftliche Struktur sind nicht unabhängig voneinander, wie Th. W. Adorno in „Erziehung nach Auschwitz“ am Beispiel eines kollektiven Narzissmus verdeutlicht hat.¹³

Der Ort

Alles Geschehen geschieht durch Menschen – diese haben einen Namen – und an bestimmtem Ort – dieser ist aufsuchbar. Auch die Spuren, erhaltene und zerstörte, sind geschichtliche Zeugnisse, die zur Sprache gebracht werden können. Es gibt eine Aura des historischen Ortes (übrigens auch des „Tatortes“). Klärung und Befreiung kann darin liegen, diese Orte aufzusuchen. Dabei geht es nicht in erster Linie um das Anbringen von Gedenktafeln, weil dies die Erinnerungsarbeit eher unbewusst beenden kann, statt sie zu eröffnen. Es geht um die historischen Orte der Leidens- und Lebensgeschichte einzelner Menschen, an die zu erinnern ist und die zu bewahren sind. Es geht darum, in der Herstellung der „Nähe“ die schwierigen Probleme des Nationalsozialismus und des Umgangs mit ihm nach 1945 in offenem Gespräch in unterschiedlichen sozialen Kontexten zu führen. Der Ort hat in mehrfacher Beziehung eine Bedeutung. Einmal für die ehemals Verfolgten im Sinne einer persönlichen Bearbeitung des Geschehens nunmehr unter ganz anderen, nämlich befreiten Vorzeichen. Man kann diesen ehemals gefürchteten Ort frei aufsuchen, frei begehen und so auch wieder ein für allemal verlassen, ihn lebensgeschichtlich hinter sich lassen. Das ist wichtig für unsere Bearbeitung des Nationalsozialismus. Die Nähe des eigenen Ortes macht eine Bearbeitung vielfach erst möglich. Das Geschehen im fernen Birkenau dagegen bleibt unbegreifbar. Hier, z. B. in Guxhagen, setzte die Verfolgung ein; Beteiligungen und Mitwirkende sind erkennbar, haben einen Namen.¹⁴ Man erkennt mikroskopisch die Übergänge vom Normenstaat zum Ausnahmestaat und die aktenmäßige „Zerlegung“ der Menschen in die einzelnen Körperteile bei der staatspolizeilichen Erfassung. Schließlich veranlasst die Nähe des Ortes zur selbstkritischen, oft schwierigen Rückfrage über die Haltung der eigenen Familie, über die Geschichte günstig erworbener Möbel oder ganzer Häuser.¹⁵

Wissenschaft wird zum „sozialen Prozess“ oder Über die öffentliche Rede

Unsere Arbeit wäre ohne die zahlreichen Anregungen und Beiträge sowohl der ehemaligen Gefangenen des Lagers als auch von Seiten der Besucher der Gedenkstätte undenkbar gewesen. Manchmal erhielten wir historisch wertvolle Zeugnisse, in anderen Fällen kam es zu internationalen Begegnungen mit bedeutenden familiengeschichtlichen Erkenntnissen. Aus unzähligen Anregungen, die auf uns zukamen, und die wir gerne aufgriffen, nur wenige Beispiele:

Es waren Schüler eines Fritzlarer Gymnasiums, die auf die Gedenkstätte Breitenau zukamen, da sie von der Ermordung eines polnischen Kriegsgefangenen in einem nahe gelegenen Dorf gehört hatten. Wir halfen ihnen mit Dokumenten, aus denen hervorging, dass der Ermorde-

te im Lager Breitenau als Gefangener eingesperrt gewesen war. Die Schüler und Schülerinnen halfen uns mit neuen Erkenntnissen aus der persönlichen Überlieferung im Dorf. Eine Veröffentlichung erreichte Polen und löste dort Reaktionen aus. Die Veröffentlichung setzte deutsche und polnische Zeitzeugen in der nordhessischen Region in Bewegung. Der Sohn des Ermordeten kam nach Kassel und berichtete Neues; zugleich erfuhr er erstmals Neues über die letzten Monate seines Vaters. Einbezogen in diesen Prozess waren mittlerweile – und zwar engagiert: die Schulklasse aus Fritzlar, der Sohn eines ehemaligen polnischen Zwangsarbeiters, der heute in Poznan/Posen lebt, zwei ehemalige polnische Zwangsarbeiter, die nach 1945 in Nordhessen geblieben sind, eine Vereinigung der in Kassel lebenden Polen, Familien in zwei umliegenden Dörfern, Mediziner der Marburger Anatomie, Journalisten in Polen und Deutschland. Deutlich wurde, dass wir als Wissenschaftler auf diesen Wegen den sogenannten Elfenbeinturm der Universität verlassen haben und selbst Teil eines „sozialen Prozesses“ wurden.

Eine alleinstehende Frau aus einer alten Familie des Dorfes bot ihre Hilfe bei der Aufklärung eines wichtigen Vorgangs der Lagergeschichte Breitenaus an. Sie hat, lebensbedrohlich von einer Krankheit gezeichnet, bewusst das verbreitete Prinzip des „Nicht-darüber-Redens“ durchbrochen und uns ein für die Geschichte des frühen KZ Breitenau besonders wichtiges dokumentarisches Foto – das einzige über ein SS-Ehrenmal, das die Gefangenen bauen mussten, das uns bekannt wurde – besorgt.

Ehemalige Zwangsarbeiter aus den Niederlanden recherchierten jahrelang mit uns gemeinsam zur Geschichte der Zwangsarbeit in der Kasseler Rüstungsindustrie. Wir waren überrascht nach Jahren festzustellen, dass die Achtung und Würdigung ihrer Zwangsarbeit seitens jüngerer Deutscher, über die ausführlich in niederländischen Zeitungen berichtet wurde, in ihrer eigenen Heimat das herabsetzende Vorurteil in Frage stellte, sie hätten „für die Deutschen gearbeitet“.

Die Tochter eines verstorbenen ehemaligen sozialdemokratischen Gefangenen brachte uns einen Ausriss aus der Tageszeitung *Kasseler Post* vom 15. Juni 1933, in dem über das KZ Breitenau ausführlich berichtet wurde; der Vater hatte sich dies bewusst ausgeschnitten und „für später“ aufbewahrt, um zu dokumentieren, was Kasseler Leser der Tageszeitung bereits damals wissen konnten.

Ende der 1980er Jahre erhielten wir von einer ihrer Töchter die bewegenden Briefe der Ärztin Dr. Lilli Jahn, die Ende des Jahres 1943 in Breitenau für Monate inhaftiert worden war, bevor sie in Auschwitz ums Leben gebracht wurde. Wir haben die auf Packzetteln und anderen Papieren geschriebenen Briefe transkribiert und interessierten Besuchern zur Kenntnis gegeben. Deutlich wurde uns, dass die Vergangenheit hier nicht Teil eines Lehrbuches oder einer schulischen Unterrichtsstunde im Fach Geschichte, sondern integraler Teil der je eigenen Familien- oder Gemeindegeschichte war und insofern starke Bezüge zur Wirklichkeit hatte.

Die von uns begründete Geschichtswerkstatt in Breitenau hat sich von Anfang an in die Region geöffnet. Die Vernetzung mit der Politik und Kultur, mit den Kirchen und Gewerkschaften, den Schulen und Volkshochschulen war uns substantiell wichtig.

Jede Möglichkeit, die sich zur öffentlichen Thematisierung Breitenaus ergab, haben wir bewusst aufgegriffen, da uns klar war, dass bis in die 1980er Jahre die Auffassung verbreitet

war, die Vergangenheit besser ruhen zu lassen. Deshalb sahen wir es als unsere Aufgabe an, über Nationalsozialismus, Judenverfolgung und Holocaust im Ort selbst und in der Region das Gespräch zu führen, öffentlich zu reden und Prozesse zu fördern, die das Schweigen über diese Zeit durchbrachen. Von Anfang an haben wir betont, dass Lager, Terror und Deportationen sich an vielen Orten im Deutschen Reich ereigneten, mithin nicht nur ein Problem der Gemeinde Guxhagen waren und sind. Unsere Arbeit und unsere Aussagen wurden in der Gemeinde genauestens registriert. Wenn Kritik aufkam, suchten wir das öffentliche Gespräch. Einmal belegte ich mit Dokumenten aus dem Berlin Document Center, die ich mit einem Dia-Projektor präsentierte, in einer gut besuchten Versammlung in einer Gastwirtschaft im Ort die SS-Mitgliedschaft der Gestapoangehörigen, die an der Ermordung der 28 Gefangenen am Fuldaberg beteiligt gewesen waren. Diese SS-Angehörigkeit war in einem Leserbrief bestritten worden. Hintergrund war, dass einige der Gestapo, nicht jedoch der SS, das Verbrechen zutrauten. Ein anderes Mal, wieder mit Hilfe eines Diaprojektors, zeigte ich entscheidende Dokumente des Pogroms in Guxhagen im November 1938. Wieder fand dies in einer Gastwirtschaft im Ort statt. Ein älterer Mann erhob sich, plötzlich Stille, er müsse mal etwas sagen: „Ich wohne in einem Judenhaus.“

Wir begaben uns mit diesen Vorträgen und Diskussionen mitten in die Gesellschaft hinein. Während die Monographien und Aufsätze der Fachzeitschriften, sie mögen noch so umstürzlerisch sein, von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen werden, wurden die Hefte der Geschichtswerkstätten in den betreffenden Orten mit geschärftem Blick studiert und Wort um Wort geprüft, gewendet, ob nicht vielleicht doch eine Ungenauigkeit darin enthalten sein könnte. Wir standen mehr auf dem Prüfstand als in dem anspruchsvollsten historischen Proseminar. Und hierin lag auch die Chance: die eigenen Arbeiten wurden zur Kenntnis genommen. Freilich erfuhren sie auch Ablehnung und Abwehr, wenn sie den Betroffenen zu provokativ erschienen oder dies vielleicht auch waren oder gar der Sache wegen bestimmte Schärfen nicht ausließen. Gleichwohl konnte uns im Grunde Besseres nicht passieren: Die historische Wissenschaft erreichte die Lebenswirklichkeit und gewann dadurch einen besonderen Charakter.

Exkurs: Die Wahrung wissenschaftlicher Standards und wissenschaftlicher Arbeitsweisen

Traditionelle politische Geschichte und moderne Strukturgeschichte ließen wir hinter uns. Andere Konzepte bezogen wir ein, wie z. B. den Horizont einer Geschichtsschreibung „von unten“ oder die Thematisierung „unterdrückter (politischer und kultureller) Bildungsinhalte“. Mit einigen ehemaligen Schutzhaftgefangenen des Lagers starteten wir gemeinsam eine „Reise in die Vergangenheit“, bei der es im Zug keine Erste-, Zweite- oder Dritte-Klasse-Abteils gab, keine Hierarchien und Rangunterschiede, sondern wir fuhren gemeinsam im „Personenahverkehr“, oder wir gingen gemeinsam zu Fuß. Was meint dieses Bild? Von der Erschließung neuer Quellen, über deren Bearbeitung bis hin zur Darstellung bleiben Zeitzeugen/Laien und Wissenschaftler zusammen und ergänzen und bereichern sich gegenseitig. Dies schließt eigene Pfade und eigene Darstellungen keineswegs aus, soweit man die Wege der

Mitreisenden achtet und einbezieht. Die Arbeitsteilung zwischen dem historischen Experten und dem Geschichte nachvollziehenden Laien beginnt sich zu verändern; sie kann sich und darf sich nicht aufheben, aber es ergeben sich neue Erfahrungen, sobald dem Laien erste historische Kompetenzen zuwachsen oder wenn der Wissenschaftler sich mit den seine Thesen hartnäckig bestreitenden Zeugnissen des „Laien“ auseinanderzusetzen beginnt. Der Historiker hat bei diesem neuen Verständnis einer „Geschichtsschreibung im Ort“ seine Rolle zu verändern: er ist nicht mehr der Generalist, der als fachlicher Experte Orientierungswissen verkündet. Er wird zum fachlichen Berater; und gerade deshalb hat er streng seine Methoden und Standards, sein Fachwissen und seine Kompetenz in verständlicher Art und Weise einzubringen – auch diese Herausforderung kann ihm nicht erspart werden. Im Übrigen wurde bereits oben angesprochen, dass die Preisgabe wissenschaftlicher Genauigkeit sehr schnell die Möglichkeit eigener Wirkung auf ein Minimum reduzieren würde.

Der Werkstattcharakter der Bildungsbemühungen

Die neueren, seit Beginn der 1980er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland begründeten Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus sind unseres Wissens ohne Ausnahme durch Initiativen, durch sich spontan bildende Gruppen, mithin als Projekte bzw. als Geschichtswerkstätten entstanden. Dabei stand die Gründung einer Institution meist nicht im Vordergrund, sofern sie überhaupt mitgedacht worden war. Zumeist handelte es sich um Geschichtswerkstätten, die sich der lokalen oder regionalen Verdrängung der nationalsozialistischen Zeit annahm und, als Stachel im Körper der Gemeinde, gegen Widerspruch und Widerstände, Leugnung und Verharmlosung einen für „erledigt“ gehaltenen historischen Tatbestand neu „freilegte“.

Unsere Auffassung ist, dass bei den Besuchen dieser inzwischen „etablierten“ Einrichtungen etwas von diesem Werkstattcharakter erhalten und weitergegeben werden sollte. Was ist damit gemeint? Zum einen sind die Gedenkstätten auch als Beispiele zeitgeschichtlicher Thematisierung und vielleicht auch historischer Bearbeitung anzusehen, nicht allein als Orte der Einkehr, des Dialogs, der Infragestellung und der Besinnung. Beispiele vielleicht, die unter anderen Fragen, in anderer Umgebung und mit anderen Schwerpunkten aufgegriffen werden können. Von Interesse ist dabei die Methode, die prozessual angelegt ist. Sie bestand im Entfalten biographischer Dimensionen, die aus Fragmenten und Andeutungen in den Akten erarbeitet wurden. Menschen wurden erkennbar und traten in Erscheinung; aus der Aktensprache wurden Lebensschicksale sichtbar. Beziehungen zu den Orten, aus denen die Gefangenen kamen, zu anderen Menschen und Gruppen wurden entdeckt und, last but not least, neue Quellen wurden erschlossen. Dabei war immer dieser Prozess des Erschließens und Entdeckens das Besondere und die Hauptsache, ob er nun zu einem sichtbaren Ergebnis auch in Form einer Veröffentlichung führte oder nicht. Man hatte über eine bestimmte Person oder über eine Gruppe von Menschen etwas in Erfahrung gebracht und diese neuen Erkenntnisse z.B. in einer kleinen Dokumentation, in einer Ton-Dia-Reihe oder auch auf einer Gedenktafel niedergelegt. Gerade solche Prozesse, wobei man in die „Werkstatt“ Einblick nehmen kann, sind für Besucher von Gedenkstätten vermutlich von Bedeutung, weil sie methodisch übertragbar sind. Wenn der Besuch einer Gedenkstätte z.B. allein eine bestimmte Frage, sei es

diejenige nach dem Verbleib und Schicksal der Juden im eignen Ort in der Nazizeit, dem Umgang mit den Verfolgten nach 1945 oder eine andere vergleichbare ausgelöst hat, und wenn diese Frage bis in den eigenen Ort hinein anhält, ist viel erreicht worden.

Geschichtswerkstätten können einen kommunikativen öffentlichen Gesprächszusammenhang begründen, in dem die Arbeitsergebnisse erörtert, verworfen oder angenommen werden können. Bei der Thematisierung der nationalsozialistischen Zeit ist Kontroversität immer gegeben gewesen; umso notwendiger erscheint das öffentlich zu führende Gespräch. Die Gedenkstätten sind auf Grund dieser Lage – ob sie dies wollen oder nicht, sie werden öffentlich so angesehen – Katalysatoren dieser vielfach schwierigen öffentlichen Meinungsbildung über den Umgang mit dem Nationalsozialismus im Ort. Insofern ist, etwas überspitzt formuliert, die Entstehungsgeschichte (bzw. die Geschichte bis zur gesellschaftlichen und öffentlichen Anerkennung) einer Gedenkstätte eben die Zeit, als sie noch Projekt ist, vielleicht folgenreicher als die Zeit ihres späteren Wirkens (nunmehr als eingerichtete Institution), weil der kommunikative öffentliche Gesprächszusammenhang im Ort nach der Institutionalisierung aus verständlichen Gründen wieder abklingt. Freilich ist einschränkend darauf hinzuweisen, dass man sich den Vorgang der Institutionalisierung einer Gedenkstätte nicht allzu glänzend vorstellen darf, handelt es sich doch im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Institutionen hier nur um bescheidene und sehr zögernde Institutionalisierungen, die keineswegs alle für längere Zeit als gesichert angesehen werden können. Das Provisorium, das man aus guten Gründen überwinden will, schützt zumindest vor Erstarrung und Routine. In jedem Fall gilt m. E.: Etwas von diesem Prozess der öffentlichen Diskussion und vielleicht auch Wirkung des Projektes ‚Umgang mit dem Nationalsozialismus‘, so könnte man die Gedenkstätten durchaus bezeichnen, kann und soll bei einem späteren Besuch durchaus aufscheinen und vielleicht zur Nachahmung anregen. Die Chance der Gedenkstätten liegt vielleicht darin, dass sie nicht zuletzt auf Grund ihrer eigenen Projekterfahrung Möglichkeiten eröffnen können, dass Besucher in diesem thematischen Feld der Bearbeitung des Nationalsozialismus an anderen Orten Ähnliches initiieren.

Anmerkungen

- 1 Auch Wilhelm Reich hatte schon früh auf diese Tiefenwirkung hingewiesen: „Faschismus ist keine politische Partei, sondern eine bestimmte Lebensauffassung und Einstellung zu Mensch, Liebe und Arbeit“. In: Ders., *Die Massenpsychologie des Faschismus* [1942]. Köln 1972, S. 25. Vgl. auch: D. Krause-Vilmar/ Rudolf Messner, *Leben zum Tode – ein Bericht über Versuche, gemeinsam mit Studierenden den Nationalsozialismus zu verstehen*. In: *Jahrbuch für historische Bildungsforschung* 8 (2002), 365–398.
- 2 Gerhard Leibholz im Gespräch mit Werner Hill am 9. Februar 1982. Aus: *Als es umschlug an den deutschen Universitäten*. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 238 vom 22. Oktober 1984, S. 11.
- 3 Rede von Bundespräsident Roman Herzog: „Die Zukunft der Erinnerung“ am 27. Januar 1999. www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews/Reden-Roman-Herzog.
- 4 Elias Canetti, *Das Gewissen der Worte*. Frankfurt/Main 1981, S. 176.
- 5 Hartmut von Hentig, *Bildung*. Ein Essay. München–Wien 1996, S. 85 ff.
- 6 U. Deuker, R. Nolle, W. Prinz, G. Richter, W. Tiegel, H. Wiltsh, D. Krause-Vilmar, *Erinnern an Brei-*

- tenau 1933-1945. Eine Ausstellung historischer Dokumente. Katalog. Kassel 1982, 1983, 1984 (jeweils durchgesehene und ergänzte Auflage).
- 7 Dietfrid Krause-Vilmar, Das Konzentrationslager Breitenau. Ein staatliches Schutzhaftlager 1933/34. Marburg 2. Aufl. 2000.
 - 8 Gunnar Richter, Das Arbeitserziehungslager Breitenau (1940-1945). Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Lagersystem. Straflager, Haftstätte und KZ-Durchgangslager der Gestapostelle Kassel für Gefangene aus Hessen und Thüringen. Kassel 2009.
 - 9 Sven Lindqvist, Dig where you stand (1978), dt. „Grabe wo Du stehst“. 1989. – S. Lindqvist, „Grabe wo Du stehst“. In: Hannes Heer/ Volker Ullrich (Hrsg.): Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung. Reinbek b. Hamburg 1985, S. 72 (Aus dem Schwedischen übersetzt).
 - 10 Gert Zang, Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne. Reflexionen über den theoretischen und praktischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte. Konstanz 1985.
 - 11 Alf Lüdtke, Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte? In: ders. (Hrsg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen. Frankfurt/New York 1989.
 - 12 Jahre später veröffentlichte er ein Buch, in dem er den Beziehungen zwischen Kolonialismus und Holocaust nachging: Sven Lindqvist, Durch das Herz der Finsternis. Ein Afrika-Reisender auf den Spuren des europäischen Völkermordes. (Zuerst 1992, 1997 engl.) Aus dem Englischen. Frankfurt/New York 1999.
 - 13 Rudolf Messner und ich sind gemeinsam mit Studierenden unserer Universität diesen Bearbeitungen des Nationalsozialismus an ausgewählten literarischen Beispielen in einem Reader nachgegangen: Texte aus der Veranstaltung „Nationalsozialismus in der Literatur“, herausgegeben von D. Krause-Vilmar und R. Messner. Kassel 1984.
 - 14 Dietfrid Krause-Vilmar, Das zeitgenössische Wissen um die NS-Konzentrationslager, an einem Beispiel aus dem Regierungsbezirk Kassel. In: A. Garlich, R. Messner, D. Möhle, K. Spreckelsen (Hrsg.): Unterrichtet wird auch morgen noch. Lehrerberuf und Unterrichtsinhalte. Königsstein/Taunus., 1981, S. 133-163.
 - 15 Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939. Hamburg 2007.

WOLFGANG FORM

Akteure des Erinnerns und Gedenkens an 1933–1945 – historische Perspektiven und Status quo

„Das Gedenken“, in unserem Fall in Hessen, ist untrennbar verbunden mit denen, die gedenken oder ein Andenken pflegen – kurz: den Akteuren des Gedenkens. Sie stehen immer mit dem oder den zu Gedenkenden in Bezug. Dies wiederum hat die Folge, dass „Gedenkräume“ ins Spiel kommen – das ist nicht räumlich/plastisch gemeint, sondern abstrakt, bezogen auf ein zu gedenkendes Geschicknis. Gedenkräume haben sowohl individuelle als auch stoffliche Bezüge. Das sind Menschen: Opfer, Täter, Mitläufer etc. Oder es sind Orte: Gebäude, Grundstücke, Gebiete, ganze Städte oder Gemeinden, Produktionsanlagen etc. Oftmals geht das Gedenken einher mit festinstallierten Gegenständen oder Skulpturen (Mahnmale, Plaketten, Tafeln u.a.), standorttreuen oder temporären Visualisierungen (Ausstellungen, Schautafeln) sowie vielfältigen pädagogischen Vermittlungsformen (Bibliotheken, Dokumentationen, Interviews, Bilder, Filme u. vieles mehr).¹ Umgesetzt wird dies mit ganz unterschiedlichen Gedenkstrukturen oder besser gesagt, mit vielfältigen präsentativen Rahmen. An hervorgehobener Stelle müssen Gedenkstätten und -initiativen genannt werden, die man gut wie folgt umschreiben kann: Gedenkstätten sind ein zentrales Medium zur Vermittlung historischen Wissens. „Sie informieren den Besucher über den historischen Ort, die historischen Vorgänge und die Menschen, die davon betroffen waren bzw. diese gestaltet haben. Insofern stellen sie eine Grundlage der Bildungsarbeit der Gedenkarbeit dar.“²

Heute kann man gemeinhin davon ausgehen, dass nicht die Betroffenen selbst (primäre Opfer) die historischen Ereignisse präsentieren oder an sie in abstrakter Form erinnert wird. Es sind andere Akteure, die ihre Interpretation darlegen. Dies trifft umso mehr zu, wenn durch die Nutzung von historischen Gegebenheiten (Gebäude, Räume, Gelände) Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt sind oder erst wieder in Szene gesetzt werden müssen. Eine hier nicht weiter zu diskutierende Problemstellung zielt auf mehr oder weniger nicht zu beeinflussende Sachzwänge (z.B. Eigentumsfragen), topografische Gegebenheiten sowie den Denkmalschutz. Auch hier tritt wieder eine Reihe von Akteuren in Erscheinung: Ingenieure, Leute vom Bauamt, Geldgeber, Eigentümer von Liegenschaften etc.

Die Frage nach den Akteuren des Erinnerns und Gedenkens ist vielschichtig, nicht einfach greifbar und umfasst sowohl Befürworter als auch Skeptiker oder scharfe Kritiker. Wenn hier in diesem Beitrag weiterhin von Akteuren gesprochen wird, so wird mit einem engeren Akteursbegriff argumentiert, der die aktiv und unmittelbar Handelnden fokussiert. Wenngleich durchaus auch Akteure eine Rolle spielen können, die im Hintergrund, eher verborgen von der Öffentlichkeit, agieren. Es wäre in diesem Zusammenhang – auch auf Hessen bezogen – nicht immer einfach, Vermutungen vom Faktischen zu trennen. Dies trifft z.B. auf diejenigen zu, die Gedenk- und Erinnerungsarbeit mittels öffentlichen und/oder privaten Mitteln unterstützen bzw. steuern. Was nicht bedeuten kann, dass Geldgeber per se nur mittelbare Akteure sind. Insbesondere in den vergangenen zehn bis 15 Jahren haben vor allem die öffentlichen und kommunalen Verwaltungen in vielen Beschlüssen, vom Landtag an bis zu Gemeindevertretern, einen sehr aktiven erinnerungspolitischen Part eingenommen.

Akteure des Erinnerns sind – außer sie handeln nur mittelbar, indem sie Gedenkarbeit unterstützen, aber keinen eigenen, keinen aktiven Anteil am Gedenkprozess leisten – regelmäßig direkt mit den jeweiligen historischen Orten verbunden. Übertragen auf das Thema Gedenken allgemein, sind die „AndenkerInnen“ oder „GedenkerInnen“ nicht ohne Bezug zum historischen Ereignis zu betrachten. Zudem gewinnt der „Zeitgeist“ – auch den gilt es bei der Frage nach den Akteuren des Gedenkens zu beachten – eine eigenständige Größe. Es lassen sich deutlich Gedenkdynamiken für die Bundesrepublik erkennen: Angefangen mit den vielfältigen so genannten Transitional Justice³ Mechanismen mit der Befreiung Europas vom Faschismus und Militarismus (alliierte und deutsche Strafprozesse, Zeitungen, Radio und Kino, Gedenkort etc.), über die Verdrängung und das Beschweigen der NS-Zeit (1950er und 1960er Jahre) bis hin zur schrittweisen und zum Teil sehr kontroversen Auflösung der Autoamnesie ab den späten 1970er Jahren (hier ist vor allem der US-Vierteiler „Holocaust“ zu nennen) bis hin zum scheinbar grenzenlos offenen Umgang mit der deutschen (NS-)Vergangenheit heute, der in aktuellen Postkonfliktgesellschaften durchaus als Vorzeigebeispiel betrachtet wird. Es hat zum Teil den Anschein, als ob die Phase des Beschweigens ausgeblendet würde bzw. die deutsche Nachkriegspolitik nur am aktuellen Stand der Dinge oder an den vielen Tausend Kriegsverbrecherprozessen in den ersten vier bis fünf Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges⁴ gemessen würde.

Geschichte des Gedenkens

Gehen wir zurück zu den Anfängen des Gedenkens an die NS-Zeit in West-Deutschland und Berlin. Hier eine Auswahl-Übersicht der ersten Gedenkort aus den Jahren 1945–1949:

Baden-Württemberg: 1945 Mahnmal in Aalen – errichtet von ehemaligen polnischen Zwangsarbeitern; 1946 Überlingen KZ-Häftlinge (Puvogel/Stankowski 1995/2002, Bd. 1, S. 96).⁵

Bayern: 1947 Mallersdorf-Pfaffenberg – Steinrain am Friedhof; Gedenkstätte für jüdische KZ-Opfer Flossenbürg.⁶

Berlin: 1946 Ehrenmal Berlin-Hellersdorf, Berlin-Kaulsdorf, sowjetisches Ehrenmal, Berlin-Treptow, sowjetisches Ehrenmal.⁷

Bremen: Ehrenmal Osterholzer Friedhof, errichtet 1951.⁸

Hamburg: 1949 Hamburg-Ohlsdorf, Gedenkstätte für die Opfer der NS-Verfolgung.⁹

Hessen: Frankfurt, Friedberger Anlage 5/6 – Gedenkstein für ehemalige Synagoge; Lampertheim, Mahnmal ehemaliger jüdischer Frontkämpfer und Partisanen Mai 1946.¹⁰

Niedersachsen: Gedenkstätte Bergen-Belsen, Jüdisches Mahnmal vom 15. April 1946, zentrales Mahnmal, eingeweiht Juni 1946 von der britischen Militärregierung; Braunschweig, Gedenkstein auf dem Rieseberger Friedhof; Hildesheim, jüdischer Friedhof 1946 – Gedenkstein.¹¹

NRW: Witten 1946 – jüdischer Friedhof, Zwangsarbeiterdenkmal.¹²

Rheinland-Pfalz: Gau-Odernheim 1947, Friedhof; Koblenz 1947 – Denkmal für die ermordeten jüdischen Koblenzer.¹³

Saarland: Mahnmal, errichtet vom französischen Lagerkomitee „Neue Bremm“ 1947; Völklingen – Ehrenmal im Schillerpark.¹⁴

Schleswig-Holstein: Itzehoe 1946 – Opfer des NS-Regimes.¹⁵

Die frühen Gedenkorte erinnerten an die Verfolgung jüdischer Opfer, an ZwangsarbeiterInnen sowie Opfer des NS-Regimes allgemein. Die Initiatoren waren neben Opferorganisationen bzw. -gruppen auch die Zonenmilitärregierungen. Somit hatten vor allem ausländische Opfer des NS-Regimes kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen messbaren gedenkpolitischen Einfluss. Ein Befund, der sich seit der jungen Bundesrepublik bis heute grundlegend ändern sollte. Mit zunehmender politischer Autonomie Deutschlands verringerten sich die Einflussmöglichkeiten der Militärregierungen und damit auch ausländischer Opferverbände und -gruppen, aktiv am Aufbau von Mahnmalen, Gedenkstätten, Museen etc. zu partizipieren.

Aktive Erinnerungspolitik wurde in den 1950er und 1960er Jahren vor allem auch im institutionellen Rahmen betrieben, was sich am Beispiel Hessen, wo Dauerausstellungen an Gedenkstätten errichtet wurden, sehr gut nachvollziehen lässt. In Hessen finden wir erste Gedenkinitiativen ab Mitte der 1950er Jahre. In der Zeit zwischen Ende der 1950er Jahre und Anfang der 1980er Jahre klafft bei der Etablierung von Gedenkzeichen bzw. Gedenkstätten eine weite Lücke. Die Sichtbarkeit von Erinnern und Gedenken in Hessen ist über einen längeren Zeitraum hinweg praktisch nicht vorhanden. Der große Aufbruch kam in den 1980er Jahren. Nicht zuletzt angestoßen durch den erwähnten Fernseh-Vierteiler "Holocaust", der die Geschichte einer jüdischen Familie vor und während der NS-Zeit thematisierte. „Holocaust“ setzte eine europaweite Bewegung zur lokalen Erinnerungsgeschichte in Gang. Dazu kam die Initiative der Körper-Stiftung, dass Schulklassen sich mit der NS-Geschichte ihrer Region befassen sollten.¹⁶ Dies und ein zunehmendes Umdenken auf politischer Ebene – man erinnere sich an die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges¹⁷ – veränderten die Potentiale und Möglichkeiten für Gedenkarbeit zunehmend. In den folgenden Jahren verdichteten sich Maßnahmen zur Etablierung von auf Dauer angelegten Gedenkorten in Hessen wie auch in der Bundesrepublik. Der eigentliche „Boom“ kam jedoch erst mit der Erweiterung der alten Bundesrepublik um die untergegangene DDR. Dies ist zwar zum Teil dem historischen Geschehen nach 1989 in (Gesamt-)Deutschland geschuldet, aber eben auch dem zähen politischen Ringen um das Gedenken an die Opfer des NS-Regimes in den 1980er Jahren in Westdeutschland. Eine ganze Reihe von Gedenkorten brauchten Jahre, um in der lokalen bzw. überregionalen Erinnerungspolitik Fuß zu fassen. Dies außer Acht zu lassen, würde der Arbeit vieler Initiativen nicht gerecht werden.

Die Gedenkinitiativen und Gedenkstätten und die in ihnen wirkenden Akteure sind ein Spiegelbild der Erinnerungskultur – nicht nur in Hessen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik getrennt voneinander zwei Erinnerungskulturen entwickelt. Vor allem die antifaschistische Erinnerungskultur der DDR war im Zusammenhang mit der deutschen Einheit einem grundlegenden Veränderungsprozess unterworfen, der – nicht nur wegen der Grenzlage Hessens zu Thüringen – auch auf die hiesige Erinnerungspolitik durchgeschlagen hat. Thomas Lutz, einer der profiliertesten Kenner der deutschen Gedenkszene, weist ausdrücklich darauf hin, dass, aufbauend auf den unterschiedlichen Gedenkkulturen an die NS-Opfer in den beiden deutschen Staaten, sich die (gesamtdeutschen) Gedenkstätten in den 1990er Jahren zunehmend gesellschaftliche Anerkennung erworben haben, was sich auch in einer Professio-

nalisierung ihrer Arbeit niedergeschlagen hat. Insbesondere die Fördermöglichkeiten durch das Bundesgedenkstättenkonzept haben katalytisch gewirkt und neue Möglichkeiten für den Ausbau und die Weiterentwicklung von größeren Gedenkstätten eröffnet. Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Deutschland – zum Beispiel auf die neuen Dauer-ausstellungen an Gedenkort – zeigen sich auch in dem Spannungsverhältnis zwischen den Erwartungen, die von außen an Akteure des Erinnerns und Gedenkens herangetragen werden, und dem, was die Organisatoren der Gedenkarbeit vermitteln möchten.¹⁸ Meines Erachtens gilt dies nicht nur für die Arbeit der „Gedenkprofis“. Durch neue, interaktive Präsentationsmethoden (Internet) können durchaus auch Einzelpersonen zu Multiplikatoren von Geschichtsvermittlung werden. Viele zum Teil spezielle Themenstellungen lassen sich „googlen“.

„Grabe, wo du stehst“

Bei vielen Überlegungen zur Realisierung von Gedenkszenarien der 1980er Jahre in Westdeutschland haben sich AktivistInnen vom Bild muffiger, verstaubter, belehrender Museen verabschieden wollen. Das „Aktive Museum“¹⁹ oder eine „alternative Geschichtsschreibung“ wurden zum neuen Konzept. Vor allem die Arbeit von Laien sollte in den Vordergrund rücken, was sich auch in der Unterstützung durch eigens gegründete Organisationsstrukturen (Vereine) widerspiegelte. Ein gutes Beispiel ist die Geschichtswerkstattbewegung: „Grabe wo du stehst!“ war Programm.²⁰ Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass insbesondere die NS-Zeit einen starken Einfluss auf die Arbeit von Geschichtswerkstätten genommen hat und immer noch tut. Es lässt sich seit mehr als 15 Jahren in der Geschichtswerkstattsbewegung eine deutliche Professionalisierung erkennen. Die Geschichtswerkstätten waren angetreten, der – ebenso wie die Museen als verstaubt bewerteten – universitären Geschichtswissenschaft Paroli zu bieten.

Am Beispiel der Geschichtswerkstatt Marburg lässt sich der angedeutete Trend sehr gut verdeutlichen: Angetreten war sie 1984 mit dem Selbstverständnis, dass Geschichte im sozialen Raum geschrieben – erlebt – werden sollte. Historiographie sollte jenseits des Standesdünkels des als arrogant und rückwärts gerichteten Establishments universitär organisierter Engstirnigkeit gedeihen. Der Geschichte der kleinen Frau / des kleinen Mannes sollte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ein neues Schlagwort kam ins Gespräch: Oral History – erzählte Geschichte.²¹ Ich möchte hier nicht weiter auf die Probleme und auch nicht auf die Blauäugigkeit eingehen, mit der wir – ich verwende hier bewusst dieses Personalpronomen – diese Forschungsmethode eroberten. Gleichzeitig wurde ein zunächst als Schimpfwort gebrauchter Terminus in die Welt gesetzt: „Barfußhistoriker“.²² Von der nur männlichen Sprachregelung fand sich ein Teil der weiblichen Akteure nicht angesprochen. Andererseits kann negatives Labeling das Gegenteil des eigentlich Intendierten erzeugen: Übernahme einer Verschmähung als Identifikation für das eigene Handeln. Barfußgeschichte wurde als Eigenbezeichnung adaptiert. Wie auch immer dies zu bewerten sein mag, so hatte auch die Geschichtswerkstatt Marburg zunächst einen schweren Stand und wurde – je nach Positionierung des politischen Gegenübers – als links, grün, rosa, autonom oder einfach radikal abgestempelt.

Die Mitglieder hatten fast ausnahmslos einen akademischen Hintergrund, waren bereits mit ihrem Studium fertig oder kurz davor. Dies prägte die Arbeit des Vereins maßgeblich, da in

vielelei Hinsicht die erlernten Handwerkszeuge in außeruniversitäre Forschungsbemühungen einfließen. Mit kleineren und größeren Aktionen und Publikationen wurde der öffentliche Raum betreten und dies zumeist mit Themen der Marburger Zeitgeschichte – insbesondere zu lokalen NS-Themen. Die Arbeiten kondensierten zu der politischen Forderung nach plakativem Erinnern. Bürger und Bürgerinnen, Gäste der Stadt sollten im Alltag der NS-Geschichte ausgesetzt sein. Hier lassen sich zwei Entwicklungslinien beschreiben: 1) eigene Initiative und 2) initiiertes kommunalpolitisches Handeln. Im ersten Fall wurde z.B. ein Deserteursdenkmal – ohne behördliche Genehmigung – aufgestellt. Gut zehn Jahre brauchte es, um das zweite Stadium des Gedenkstranges zu erreichen: die Aufstellung des Denkmals auf städtischem Grund und als kommunalpolitisches Ereignis. Hier zeigen sich – exemplarisch für eine ganze Reihe weiterer Initiativen der Geschichtswerkstatt Marburg – Dualitäten von erinnerungs- und gedenkpolitischem Handeln, die typisch sind für den oben angesprochenen Professionalisierungsprozess. Zumindest für die in den 1980er Jahren gegründeten und bis in die Jetztzeit bestehenden Initiativen ist dies ein ganz typischer Befund.²³ Heute steht die Geschichtswerkstatt Marburg im lokalpolitischen Diskurs als Repräsentantin gedenkpolitischen Sachverständs und damit als wichtige Institution für Fragen zur Einschätzung, Klarstellung oder Aufarbeitung lokaler Zeitgeschichte. Das hat in den vergangenen beiden Jahren auch zu Aktivitäten geführt, die fast schon an die Anfangszeit der Geschichtswerkstatt zurückdenken lassen.

Eine der ersten sichtbaren Aktionen der Geschichtswerkstatt Marburg war die Forderung zum „Ent-Gedenken“. Was verbirgt sich hinter diesem etwas schrägen Terminus? Ein Beispiel: In der Elisabeth-Kirche wurde Paul von Hindenburg nach der Befreiung Thüringens durch die US-Armee beigesetzt. Sein Grab diente über viele Jahre hinweg als Treffpunkt für rechtskonservative Soldatenbünde, bis die Geschichtswerkstatt Marburg in öffentlichen Aktionen darauf aufmerksam machte und es schaffte, dass solche Zusammenkünfte nicht mehr möglich wurden. Und ein weiterer Fall: In einem Ortsteil von Marburg wurde auf privatem Grund ein Kriegsdenkmal aufgestellt, das an die Marburger Jäger, eine 1871 bereits bestehende Militärformation, erinnert. Ohne weiter auf die öffentlichen Auseinandersetzungen eingehen zu wollen, ist der hier relevante Aspekt, dass die Geschichtswerkstatt den städtischen Auftrag bekam, die Geschichte der Marburger Jäger wissenschaftlich darzustellen: Eine klare Wandlung vom ausschließlich initiativen zum reaktiven Handeln.²⁴ Das Marburger Beispiel spiegelt die Dynamik der Professionalisierung in diesem Akteursfeld sehr gut wider.

Zurück zum Allgemeinen kommend, können bislang verschiedene Akteure auf dem Feld der Gedenkarbeit im weiten Sinn festgehalten werden:

- Einzelpersonen
- Gruppen / Vereine
- Bildungseinrichtungen (Schulen / Hochschulen)
- Bund / Land / Kommune (öffentliche Hand)

Noch zu benennen sind zwei weitere Akteursgruppen, die eine wesentliche Bedeutung für Erinnerungs- und Gedenkarbeit – nicht nur – in Hessen haben: Wirtschaftsunternehmen und Organisationen sowie Verbände. In Hessen ist der Landeswohlfahrtsverband (LWV) einer der ganz großen Initiatoren regionaler Gedenkpolitik,²⁵ wie der nachfolgende Überblick seiner Gedenkorte (von Nord nach Süd) zeigt:

- **Kassel:** Gedenktafel im Ständehaus des LWV
- **Bad Emstal–Merxhausen:** Gedenktafel, Gedenkkreuz und Ausstellung im Zentrum für Soziale Psychiatrie Kurhessen
- **Haina (Kloster):** Gedenksteine und Psychiatriemuseum im Zentrum für Soziale Psychiatrie
- **Marburg:** Ausstellung und Historischer Pfad im Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn
- **Herborn:** Gedenkstein im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rehbergpark
- **Gießen:** Ausstellung und Mahnmal im Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn
- **Hadamar:** Gedenkstätte, Gedenkfriedhof und Gedenktafel im Zentrum für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg
- **Weilmünster:** Gedenkfriedhof, Gedenkstein, Mahnmal und Ausstellung im Klinikum
- **Friedrichsdorf–Köppern:** Ausstellung und Gedenkstein im Zentrum für Soziale Psychiatrie Hochtaunus
- **Idstein:** Ausstellung, Gedenktafel und Mahnmal im Sozialpädagogischen Zentrum Kalmenhof
- **Eltville:** Gedenkkreuz, Gedenktafel und Gedenkstein im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick
- **Riedstadt:** Museum und Gedenkstein im Zentrum für Soziale Psychiatrie Philipppshospital
- **Heppenheim:** Gedenktafel im Zentrum für Soziale Psychiatrie Bergstraße

In einigen Punkten überschneiden sich die verschiedenen Gruppen der Akteure. Hadamar etwa ist eine Gedenkstätte im herkömmlichen Sinn: mit einer professionellen Besetzung, einem Mitarbeiterstab, ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, professioneller Öffentlichkeitsarbeit und dem Alleinstellungsmerkmal, sich an einen festgelegten Erinnerungsfokus zu binden.²⁶ Andere Formen des Gedenkens sind Mahnmale und Gedenktafeln, die ohne weitere Maßnahmen – sozusagen für sich selbst – Gedenkarbeit anbieten. Am Beispiel des Landeswohlfahrtsverbands zeigt sich aber auch die Verschränkung mehrerer Akteursebenen mit- und ineinander:

- (1) Zum einen sehen wir den Träger der Maßnahme – ein Zusammenschluss der hessischen Landkreise und kreisfreien Städte, dem soziale Aufgaben übertragen wurden. Er koordiniert und finanziert auf übergeordneter Ebene.
- (2) Die im LWV eingegliederten Abteilungen bzw. Betriebe. Sie haben vor Ort das Hausrecht und können durchaus Einfluss auf die Gestaltung von Erinnern und Gedenken ausüben.
- (3) Die Leitungsebene sowie die Mitarbeiter der Gedenkstätte Hadamar prägen durch ihr Wirken vor Ort das Gedenken – in erster Linie aufgrund ihrer dokumentarisch-wissenschaftlichen Arbeit, über Modifikationen bzw. Anpassungen der Dauerausstellung oder Konzeptionalisierung von Führungen.
- (4) Die Einbindung von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen eröffnet einem weiteren Akteurskreis: die Mitwirkung an der Arbeit der Gedenkstätte, der nicht gänzlich in die Hierarchien des LWV eingebunden ist.
- (5) Als fünfte Ebene kann die Gruppe der externen Experten gelten, deren Status als Berater und/oder Unterstützer der Arbeit (Beirat) angeführt wird.
- (6) Die Etablierung eines Fördervereins findet sich auch in Hadamar wieder. Er wurde 1998 ins Leben gerufen, um die Arbeit der Gedenkstätte im Allgemeinen und spezifische Angebote zu unterstützen. Er ist ein Rechtskorpus, der auch dazu geeignet ist, Spenden von dritter Seite einzutreiben, die nicht ohne Weiteres durch den LWV oder seinen Substrukturen – als quasi die Öffentliche Hand – vereinnahmt werden könnten.

Solche Strukturen lassen sich in anderen Gedenkstätten in Hessen und darüber hinaus feststellen. Eine Akteursgruppe fehlt m.E. aber noch: abgeordnete Lehrerinnen und Lehrer. Sie spielen bei der Vermittlung von Geschichte eine ganz hervorgehobene Rolle, wie die Erfahrungen u.a. in den beiden hessischen Gedenkstätten Breitenau und Stadtallendorf belegen.²⁷

Als übergeordneter Akteur des Erinnerns und Gedenkens ist die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen (LAG) zu nennen.²⁸ Sie ist ein landesweiter Zusammenschluss, der für alle in der Erinnerungsarbeit an die NS-Zeit tätigen Einrichtungen offen ist. Ziele sind die intensivere Kooperation und der regelmäßige Erfahrungsaustausch auf der einen sowie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und die Wahrnehmung politischer Interessen auf der anderen Seite.

Als wichtige Koordinatorin für ganz Hessen ist die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) zu nennen. Ihr Referat 2/III ist für Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus / Zeitgeschichte / Rechtsextremismus verantwortlich. Neben Fachtagungen, Ausstellungen, Kooperationen mit Gedenkstätten und -initiativen, Schriftenreihen zum Nationalsozialismus und Beratungstätigkeiten hinsichtlich der Forschung und Pädagogik zur NS-Zeit übernimmt die HLZ auch die Vermittlung von Zeitzeugen und Experten und fördert Studienfahrten von Schulen u.a. zu Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus.

Fazit

Erinnerungspolitik – nicht nur in Hessen – hat sich maßgeblich ab den 1980er Jahren aus dem Zusammenspiel von lokalen Initiativen und Sensibilisierung auf politischer Ebene entwickelt. Bis in die 2000er Jahre konnten vier vom Land Hessen institutionell und projektbezogen geförderte Gedenkstätten aufgebaut werden, die einen festen Bestandteil in der hessischen Bildungsarbeit übernommen haben. Gleichfalls ist eine ganze Reihe von Orten des Gedenkens an die Opfer des NS-Regimes entstanden. Zu keiner Zeit wurde der regionalen und überregionalen Gedenkarbeit mehr Aufmerksamkeit gewidmet als heute.

Allerdings ist die Geschichte um den Umgang mit Geschichte keineswegs nur eine Erfolgsgeschichte. Es hat zum Teil großer Anstrengungen und die Überwindung massiver Widerstände bedurft, bis der hier skizzierte Befund sichtbar wurde. Es war vor allem ein Umdenken auf politischer Ebene erforderlich, da das Gros der Gedenkkorte unter maßgeblicher finanzieller Beteiligung der öffentlichen Hand entstanden ist – allerdings in vielen Fällen erst nach langjährigem zivilgesellschaftlichem Ringen. So haben nicht alle Gedenkinitiativen ihre Arbeit zu Ende führen können. Vor allem wenn Gedenkarbeit aus der Initiative Einzelner erwuchs, war – und ist auch aktuell – die Gefahr des Scheiterns präsent. Umso wichtiger sind überregionale Zusammenschlüsse von Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen, die Hilfestellungen und Beratung anbieten können.

Literatur

- Klaus Becker: Geschichte in der „Berliner Republik“: Konzeptionen und Kontroversen, Wiesbaden 2013.
- Susanne Brandt: Wenig Anschauung? Die Ausstrahlung des Films „Holocaust“ im westdeutschen Fernsehen (1978/79). In: Christoph Cornelißen u.a. (Hrsg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 2003, S. 257–268.
- Susanne Buckley-Zistel: Transitional Justice als Weg zu Frieden und Sicherheit. Möglichkeiten und Grenzen. SFB-Governance Working Paper Series Nr. 15, Berlin 2008.
- Norbert Frei (Hrsg.): Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Göttingen 2006.
- Uta George, Georg Lilienthal, Volker Roelcke, Peter Sandner, Christina Vanja (Hrsg.): Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum, Marburg 2006.
- Alexander C. T. Geppert: Forschungstechnik oder historische Disziplin? Methodische Probleme der Oral History. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Bd. 45, Nr. 5/Mai 1994, S. 303–323.
- Etta Grotrian: Geschichtswerkstätten und alternative Geschichtspraxis in den achtziger Jahren, in: Wolfgang Hardtwig und Alexander Schug (Hrsg.): History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt, Stuttgart 2009, S. 243–253.
- Uwe Kaminsky: Oral History. In: Hans-Jürgen Pandel, Gerhard Schneider (Hrsg.): Handbuch Medien im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts. 2002, S. 451–467.
- Friedrich Knilli, Siegfried Zielinski: Holocaust zur Unterhaltung. Anatomie eines internationalen Bestsellers; Fakten, Fotos, Forschungsreportagen, Elefant Press, Berlin, 1982.
- Gabriele Kremer: „Sittlich sie wieder zu heben ...“ Das Psychopathinnenheim Hadamar zwischen Psychiatrie und Heilpädagogik, Marburg 2002.
- Sven Lindqvist: Grabe wo du stehst. Handbuch zur Erforschung der eigenen Geschichte, Bonn 1989.
- Alf Lüdtke (Hrsg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen. Campus, Frankfurt am Main 2000.
- Thomas Lutz: Zwischen Vermittlungsanspruch und emotionaler Wahrnehmung. Die Gestaltung neuer Dauer-ausstellungen in Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland und deren Bildungsanspruch, Berlin 2009.
- Jens Müller-Bausenik: Die US-Fernsehserie ‚Holocaust‘ im Spiegel der deutschen Presse (Januar – März 1979). Eine Dokumentation. In: Historical Social Research / Historische Sozialforschung (HSR), Bd. 30, 4/2005.
- Lutz Niethammer: Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“, Frankfurt 1980.
- Ulrike Puvogel/Martin Stankowski unter Mitarbeit von Ursula Graf: Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation Bd. 1, 2. Überarbeitete Auflage, Bonn 1995 sowie Bd. 2, Berlin 2002.
- Sandra Schulz: Film und Fernsehen als Medien der gesellschaftlichen Vergegenwärtigung des Holocaust. Die deutsche Erstausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie Holocaust im Jahre 1979. In: Historical Social Research / Historische Sozialforschung (HSR), 32/2007, Nr. 1.
- Peter Sandner: Verwaltung des Krankmordes. Der Bezirksverband Nassau im Nationalsozialismus, Gießen 2003.
- Peter Sandner, Gerhard Aumüller, Christina Vanja: Heilbar und nützlich. Ziele und Wege der Psychiatrie in Marburg an der Lahn, Marburg 2001.
- Matthias Weiß: Sinnliche Erinnerung. Die Filme „Holocaust“ und „Schindlers Liste“ in der bundesrepublikanischen Vergegenwärtigung der NS-Zeit. In: Norbert Frei, Sybille Steinbacher (Hrsg.): Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust [= Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 1]. Göttingen 2001, S. 71ff.

Anmerkungen

- 1 Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass der Autor nicht frei von eigenem Eingebundensein ist. Er war und ist selbst ein Stück weit Akteur in dem zu Beschreibenden. Wenn an der einen oder anderen Stelle ein Stück Wehmut durchscheint, soll es ihm bitte nachgesehen werden.
- 2 Lutz 2009, S. 17.
- 3 Siehe Buckley-Zistel 2008.
- 4 Siehe hierzu Frei 2006.
- 5 Puvogel/Stankowski 1995, Bd. 1, S. 20, S. 96.
- 6 Ebd. S. 132ff, 163.
- 7 Puvogel/Stankowski 1999, Bd. 2, S. 60, 62, 194.
- 8 Puvogel/Stankowski 1995, Bd. 1, S. 220.
- 9 Ebd. S. 262f.
- 10 Ebd., S. 296, 335.
- 11 Ebd. S. 380ff., 392, 425.
- 12 Ebd., S. 635.
- 13 Ebd., S. 660, 670f.
- 14 Ebd. S. 706ff., 714f.
- 15 Ebd. 738f.
- 16 Schülerwettbewerb „Alltag im Nationalsozialismus“ 1980 und 1982. Siehe: <http://www.koerber-stiftung.de/bildung/weitere-arbeitsfelder/ag-bundesweiter-schuelerwettbewerbe.html>. Eine Übersicht der Projekte und Veröffentlichungen finden sich unter: http://www.koerber-stiftung.de/uploads/tx_smskoerberimport/Bibliographie-Stand-2007-Teil-2.pdf.
- 17 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/weizsaecker-rede-1985-8-mai-war-ein-tag-der-befreiung-a-354568.html>. YouTube: <http://www.youtube.com/watch?v=vg8cV90Z6nY>.
- 18 Lutz 2009, S. 300ff.
- 19 Siehe z.B. Aktives Museum Wiesbaden Spiegelgasse (<http://www.am-spiegelgasse.de>) mit einer Vielzahl von Veröffentlichungen.
- 20 Recht anschaulich dokumentiert in: Lindqvist 1989; Becker 2013, S. 118ff.
- 21 Siehe Geppert 1994; Kaminsky 2002; Niethammer 1980.
- 22 Zum Begriff siehe Volker Ullrich und sein Beitrag in der Zeit vom 2. November 1984.
- 23 Siehe den Artikel von Lutz Wendler im Hamburger Abendblatt vom 27. August 2003. Grotrian 2009; Lüdtke 2000.
- 24 Siehe Dokumentation von Klaus-Peter Friedrich u.a.: „Zur Geschichte und Nachgeschichte der „Marburger Jäger“, Marburg 2013. (<http://www.marburg.de/sixcms/media.php/20/AAA%20Geschichtswerkstatt%20Marburg%20%20Zur%20Geschichte%20und%20Nachgeschichte%20der%20Marburger%20J%20E4ger%20ge.106588.pdf>)
- 25 Siehe u.a. die Publikation von Sandner u.a. 2001 zur Psychiatrie in Marburg.
- 26 Siehe Kremer 2002; Sandner 2003; George u.a. 2006.
- 27 Siehe u.a. <http://www.gedenkstaette-breitenau.de/gedenk.htm>.
- 28 <http://www.erinnern-in-hessen.de/>.

Die erweiterte Schriftenreihe **Hessische GeschichteN 1933–1945** *aktuell* der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) möchte auf aktuelle Themen aus den Bereichen Nationalsozialismus und Rechtsextremismus eingehen. Dazu gehören u.a. Tagungsbeiträge, Forschungsarbeiten und beispielhafte Projekte aus der Arbeit der hessischen Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen für die Opfer des Nationalsozialismus.